Stadt Zürich
Stadtentwicklung

Online-Stadtdebatte

Auswertungsbericht

Inhalt

Vorwort **3**

Zusammenfassung und Fazit **4**

1 Das Projekt **9**

1.1 Hintergrund 9

1.2 Ziel 9

1.3 Webforum statt Befragung 10

1.4 Rollen der Beteiligten 10

1.5 Moderation der Online-Stadtdebatte 11

1.6 Diskussionsforen 12

1.7 Registration und Regeln 15

1.8 Transparenz und Datenschutz 16

2 Quantitative Auswertungen **17**

2.1 Grundlage der statistischen Auswertung 17

2.2 Wie viele Personen haben die Stadtdebatte besucht und mitdiskutiert? 17

2.3 Wer hat teilgenommen? 19

2.4 Auswertung nach Foren 23

2.5 Kurzumfragen (Quick Polls) 26

3 Inhaltliche Auswertung **27**

3.1 Ziel der inhaltlichen Auswertung 27

3.2 Auswertung Forum A: Wie soll sich Zürich baulich verändern? 28

3.3 Auswertung Forum B: Wo liegen Zürichs Grenzen? 30

3.4 Auswertung Forum C: Wie wollen wir zusammenleben? 32

3.5 Auswertung Forum D: Wie leben wir mit 2000 Watt? 34

3.6 Auswertung Forum E: Wie bewegen wir uns in der Stadt? 36

4 Stellungnahme der Stadt Zürich **38**

4.1 Städtische Stellungnahme 38

4.2 Stellungnahme Forum A: Wie soll sich die Stadt baulich verändern? 38

4.3 Stellungnahme Forum B: Wo liegen Zürichs Grenzen? 40

4.4 Stellungnahme Forum C: Wie wollen wir zusammenleben? 41

4.5 Stellungnahme Forum D: Wie leben wir mit 2000 Watt? 42

4.6 Stellungnahme Forum E: Wie bewegen wir uns in der Stadt? 44

5 Erkenntnisse zur Online-Diskussionsplattform **46**

5.1 Acht Erkenntnisbereiche 46

5.2 Schlussfolgerungen für weitere Vorhaben 48

Separater Appendix

Registrationsregeln und detaillierte Inhaltsanalyse der fünf Diskussionsforen

Vorwort

Der Begriff Dialog beschreibt seit der griechischen Hochkultur die Rede und Gegenrede, einen kultivierten mündlichen oder schriftlichen Austausch zwischen zwei - oder mehr - Personen. In der partizipativen Stadtentwicklung hat der institutionelle ebenso wie der informelle Dialog seit den frühen 1990er-Jahren stark an Bedeutung zugelegt: Ein massiver Ausbau von Mitwirkungsrechten und Beteiligungsprozessen bei Fragen und Projekten der Stadtentwicklung lässt Expertinnen und Experten im deutsch- und englischsprachigen Raum seit geraumer Zeit von einem veritablen «communicative turn» sprechen.

Die Stadt Zürich verfügt über eine lebendige Kultur an Beteiligungsverfahren bei Fragen der Stadtentwicklung und anderen Anliegen. Angesichts der zunehmenden Verbreitung virtueller Austauschformen im Alltag will die Stadt Zürich den Dialog mit der Bevölkerung auch im Web 2.0 weiterführen. Deshalb initiierte die Stadtentwicklung Zürich im Herbst 2011 das Pilotprojekt der Online-Stadtdebatte. Unter breitem Einbezug der angesprochenen Departemente wurde die Bevölkerung zur aktiven Teilnahme am Dialog über zentrale Themen der Stadtentwicklung (bauliche Veränderung, Grenzen der Stadt, Zusammenleben, effizienten Umgang mit Energie und stadtverträgliche Mobilität) eingeladen: Dass - nicht nur - Zürcherinnen und Zürcher dieser Einladung rege Folge leisteten und während dreier Tage online in knapp 2‘000 Beiträgen ihre durchaus divergierenden Meinungen kultiviert kundtaten, zeigt, dass die Online-Stadtdebatte einem lebendigen Bedürfnis nach Austausch entgegen kam: Nicht Politik- und Planungsverdrossenheit, sondern eine aktive Mit-Denkarbeit von Bürgerinnen und Bürgern prägt die Beziehung der Stadt Zürich zu ihren Einwohnern, Besucherinnen, Liebhabern und Kritikerinnen. Das Experiment im virtuellen Raum ist gelungen – was erfolgreich war und was man daraus lernen kann sowie in welcher Form es weitergeführt werden soll, erläutern die hier vorliegenden inhaltlichen Auswertungen und Analysen. Der Dialog als tragende Verbindung gemeinsamer Ziele und gesellschaftlichem Austauschs hat mit der Online-Stadtdebatte in Zürich eine neue Web 2.0-Facette erhalten.

Anna Schindler, Direktorin Stadtentwicklung Zürich

Zusammenfassung und Fazit

Die Online-Stadtdebatte zu Zürichs Stadtentwicklung wurde im Rahmen des laufenden Legislaturschwerpunkts «Stadt und Quartiere gemeinsam gestalten», kurz LSP 3 (2010–2014) als erstes Teilprojekt im Sinne eines Experiments durchgeführt. Neben der Sensibilisierung für die Komplexität des Themas über die Bereitstellung einer Diskussionsplattform und inhaltlichen Anregungen zielte der Stadtrat damit auch auf Erkenntnisse bezüglich neuer Kommunikations- und Partizipationsformen. Mit der Realisierung und Auswertung der Online-Stadtdebatte war die Dienstabteilung Stadtentwicklung Zürich beauftragt.

Der vorliegende Bericht umfasst eine quantitative und eine qualitative Auswertung sowie die Stellungnahmen der Stadt Zürich zu intensiv diskutierten Themen der Online-Stadtdebatte. Im Weiteren werden die Erkenntnisse über das für die Stadt Zürich neuartige Medium des virtuellen Diskussionsforums festgehalten.

Die dreitägige Online-Stadtdebatte fand vom 15. bis 17. September 2011 statt und stand, nach einer einmaligen Registration, allen Personen weltweit für Besuche und das Einbringen einer beliebigen Anzahl von Diskussionsbeiträgen offen. Das Webforum fungierte als «Pulsmesser» ohne repräsentativen Anspruch. Der Verlauf der Debatte im virtuellen Raum erlaubt aber durchaus Rückschlüsse auf wichtige Themen und ergibt Anhaltspunkte bezüglich Kontroversen sowie Innen- und Aussensichten auf die Stadt Zürich.

In der Online-Stadtdebatte wurden fünf thematische Diskussionsforen mit einer bis zwei gastgebenden Personen (Host) angeboten:

- Forum A: «Wie soll sich Zürich baulich verändern?»
  (Host: Patrick Gmür, Direktor Amt für Städtebau)
- Forum B: «Wo liegen Zürichs Grenzen?»
  (Host: Brigit Wehrli, Direktorin Stadtentwicklung Zürich, bis 11/2011)
- Forum C: «Wie wollen wir zusammenleben?»
  (Host: Mirjam Schlup Villaverde, Direktorin Soziale Dienste)
- Forum D: «Wie leben wir mit 2000 Watt?»
  (Hosts: Bruno Hohl, Direktor Umwelt und Gesundheitsschutz, und Felix Schmid, Stellvertreter des Energiebeauftragten der Stadt Zürich)
- Forum E: «Wie bewegen wir uns in der Stadt?»
  (Host: François Aellen, Direktor Tiefbauamt Stadt Zürich)

Die fünf Diskussionsforen wurden von vorgängig entsprechend geschulten Mitarbeitenden der Stadtentwicklung Zürich im Schichtbetrieb moderiert.

Quantitativ ist betreffend Teilnahme festzuhalten, dass die Online-Stadtdebatte erfreulicherweise auf ein reges Interesse stiess. Insgesamt wurden 1‘996 Beiträge verfasst; am meisten in den Foren zur Mobilität (33%) und zur baulichen Entwicklung (25%). Total wurden 337 Diskussionen lanciert, welche im Durchschnitt 6 Beiträge umfassten, wobei die längste Diskussion beinahe 80 Beiträge lang war. Die 60 Stunden dauernde Online-Stadtdebatte wurde 3‘682-mal besucht. Während 18 Stunden waren jeweils mehr als 150 Teilnehmende gleichzeitig online aktiv.

Die Teilnehmenden stammten zu drei Vierteln aus der Stadt Zürich, 14 Prozent stammten aus dem Kanton Zürich und 8 Prozent aus der Schweiz. Personen aus 216 Schweizer Gemeinden haben am Webforum teilgenommen. Alle Alterskategorien waren gut vertreten, bis auf die unter 18-Jährigen, welche untervertreten waren. Der Frauenanteil von nur rund einem Drittel entspricht den Erfahrungen aus anderen Webforen. Die Teilnehmenden hatten ein hohes Bildungsniveau (2/3 Hochschulabschluss) und besassen grossmehrheitlich die Schweizer Staatsangehörigkeit (90%).

Die inhaltliche Auswertung der Online-Stadtdebatte stellte aufgrund des Umfangs (1‘996 Beiträge) und der Vielfalt (337 Diskussionsstränge) der Beiträge eine Herausforderung dar. Grundlagen der Auswertung bildeten die Erfahrungen der Moderatoren und Moderatorinnen (Tages-Journale und Auswertungsworkshop) sowie eine strukturierte Inhaltsanalyse aller Beiträge. Auf der Grundlage dieser inhaltlichen Auswertung wurde pro Forum eine Stellungnahme der Stadt Zürich durch die städtischen Gastgeber und Gastgeberinnen (Hosts) erarbeitet. Darin wird die Vielschichtigkeit und das Engagement in den Diskussionen erfreut zur Kenntnis genommen und aufgezeigt, bei welchen der debattierten Themen die Stadt Zürich bereits tätig ist oder dies zu tun gedenkt. Verschiedentlich wird auch auf den begrenzten Handlungsspielraum der Stadt hingewiesen.

Im Forum A «Wie soll sich Zürich baulich verändern?» spiegelten sich auch die baulichen Veränderungen der jüngsten Zeit. Dominant waren dabei die Themen Verdichtung und Hochhäuser. Die innere Verdichtung und das Erstellen von Hochhäusern wurde von den Debattierenden mehrheitlich als Notwendigkeit erachtet, wobei gewisse Entwicklungen auch kritisch beurteilt sowie unterschiedliche Vorstellungen über geeignete Standorte von Hochhäusern geäussert wurden. In der Stellungnahme der Stadt Zürich wird dazu auf die laufende Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO) sowie auf das vorhandene Hochhaus-Leitbild hingewiesen. Den Debattierenden war es auch ein Anliegen, dass trotz baulichem Wachstum der Charakter der Quartiere sowie die vorhandenen Grünräume nicht verloren gehen. Die Stadt Zürich weist in diesem Zusammenhang auf die vorhandenen kunst- und kulturhistorischen Inventare zu Bauten und Gärten hin. Im Weiteren drehten sich die Debatten um verschiedene Einzelareale und -bauten, wie das Kasernenareal, das Globus-Provisorium, die Hardbrücke, die Sihlhochstrasse oder das Kongresszentrum. Zu Letzterem, dessen Neubau insbesondere aus touristischen Aspekten gefordert wurde, wird in der städtischen Stellungnahme auf die Bemühungen der Stadt Zürich im Rahmen der laufenden Standortsuche hingewiesen.

Im Forum B «Wo liegen Zürichs Grenzen?» war die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit im eng verflochtenen Ballungsraum das zentrale Diskussionsthema. Die Stadt Zürich begrüsst eine solche und weist in ihrer Stellungnahme auf ihr Engagement etwa im Rahmen der Metropolitankonferenz Zürich, der Regionalplanung Zürich und Umgebung (RZU) und regionaler Verkehrsprojekte hin. Das Thema eines Halbkantons Stadt Zürich wurde im Webforum kontrovers diskutiert. Die Stadt Zürich lehnt diese Idee ab, da es gilt, Grenzen abzubauen und nicht neue zu schaffen. Sie geht mit der Mehrheit der Diskutierenden einig, dass die Interessen der urbanen Gebiete auf nationaler Ebene besser vertreten sein müssen, und setzt sich im Rahmen des Schweizerischen Städteverbands dafür ein. Viele Diskutierende zeigten sich besorgt über die Zersiedelung und Ausfransung der Siedlungsränder. Im Rahmen des Projekts «Parklandschaft» der Metropolitankonferenz schlägt die Stadt Zürich deshalb ein Teilprojekt zu diesem Thema vor.

Im Forum C «Wie wollen wir zusammenleben?» wurden die Themen gesellschaftliche Heterogenität und soziale Durchmischung am stärksten diskutiert und von vielen Teilnehmenden deren Erhalt gefordert. Die Stadt Zürich weist dazu auf die entsprechenden Anstrengungen im Rahmen ihrer Wohnpolitik hin. Das kontrovers diskutierte Thema der freien Schulwahl wird von der Stadt Zürich abgelehnt, da es den sozialen Zusammenhalt in den Quartieren gefährdet. Mit dem Hinweis auf den aktuellen Legislaturschwerpunkt «Frühförderung» und ihre integrationspolitischen Leitlinien unterstützt die Stadt Zürich die von vielen Debattierenden befürwortete kulturelle Diversität und Integration. Die Freiwilligenarbeit war ebenfalls ein viel diskutiertes Thema. Im Rahmen eines Teilprojekts des Legislaturschwerpunkts «Stadt und Quartiere gemeinsam gestalten» fördert die Stadt Zürich im Hinblick auf eine bessere gesellschaftliche Anerkennung die Sichtbarmachung der Freiwilligenarbeit. Kontrovers diskutiert wurden die Themen 24-Stunden-Stadt und kindergerechte Stadt. Zu Ersterem verweist die Stadt auf ihre Eventstrategie, um einen Ausgleich zwischen einem attraktiven Stadtleben und dem Bedürfnis nach Ruhe und Sicherheit zu erreichen. Zum Thema Kindergerechtigkeit verweist die Stadt Zürich auf den Ausbau der Betreuungsangebote, räumt aber ein, dass bei der Kinder- und Jugendkultur noch Nachholbedarf besteht.

Im Forum D «Wie leben wir mit 2000 Watt?» fanden kontroverse Diskussionen zu allen drei Stossrichtungen der 2000-Watt-Gesellschaft statt: zur Suffizienz, zur Effizienz und zu den erneuerbaren Energien. Beim umstrittenen Thema Suffizienz, also der Frage der Notwendigkeit einer Lebensstilanpassung, wird in der städtischen Stellungnahme u. a. auf den Masterplan Energie sowie auf die Förderung autoarmen Wohnens hingewiesen. Beim in diesem Zusammenhang diskutierten Smart Metering, d. h. der Sichtbarmachung des individuellen Energieverbrauchs, wird in der Stellungnahme der Stadt Zürich auf den Forschungsschwerpunkt «Energie Forschung Stadt Zürich – ein ewz-Beitrag zur 2000-Watt-Gesellschaft» hingewiesen. Die Stadt Zürich unternimmt weiter auch erste Versuche mit der in der Debatte geforderten Umstellung der Strassenbeleuchtung auf LED-Solarleuchten. Mit dem städtischen Projekt «Stromzukunft» werden, wie ebenfalls in der Debatte gefordert, die erneuerbaren Energien weiter gefördert. Im Weiteren wurde in diesem Forum auch über das Thema Urban Farming diskutiert.

Hierzu weist die Stellungnahme der Stadt Zürich einerseits auf die «Vision Landwirtschaft 2030», aber andererseits auch auf bestehende Interessenkonflikte (etwa bei Dachbegrünungen) hin. Kontrovers diskutiert wurden zudem die Aktualität sowie die grundsätzliche Sinnhaftigkeit des 2000-Watt-Konzepts.

Im Forum E «Wie bewegen wir uns in der Stadt?» wurden am meisten Beiträge verfasst. Dabei stand insbesondere der Veloverkehr im Zentrum der Debatte. Dessen Situation wurde im internationalen Vergleich mehrheitlich als unbefriedigend taxiert. In der Stellungnahme der Stadt Zürich wird auf die im Jahr 2011 erzielten Fortschritte bezüglich der in der Debatte geforderten markierten und zusammenhängenden Velorouten hingewiesen; zudem wird der für 2012 angekündigte Masterplan Velo in Erinnerung gerufen. Der Autoverkehr erhielt in der Debatte aufgrund seiner schlechten Transporteffizienz und seines grossen Platzbedarfs im Stadtraum mehrheitlich schlechte Noten. Die Idee einer autofreien Innenstadt wurde kontrovers diskutiert. Beim öffentlichen Verkehr wurde namentlich darüber debattiert, wie dieser stärker gefördert werden kann, ohne dass dieser dadurch weiter überlastet wird. In der städtischen Stellungnahme wird auf den realisierten bzw. geplanten Ausbau des Tramnetzes (Zürich West und Hardbrücke) hingewiesen. Schliesslich war auch die Umsetzung der Städteinitiative Thema in diesem Forum, wobei u. a. von Teilnehmenden darauf hingewiesen wurde, dass eine erfolgreiche Umsetzung auf eine breite Zustimmung der Bevölkerung und der Politik angewiesen sei. Diesem Befund pflichtet die Stadt Zürich in ihrer Stellungnahme bei.

Die Online-Stadtdebatte war ein Pilotprojekt, mit dem die Stadt Zürich ein für sie neuartiges Medium erprobt hat. Die Erkenntnisse des Versuchs umfassen folgende acht Aspekte:

I. Es besteht ein ausgewiesenes Interesse der Bevölkerung an einem Online-Austausch zur Stadtentwicklung. Die knapp 2‘000 Beiträge der dreitägigen Online-Stadtdebatte haben dies deutlich gezeigt.
II. Die Thematik, nicht das Medium, bestimmt den Kreis der Teilnehmenden. Gerade die unter 18-Jährigen, also die sogenannten «digital natives», waren überraschenderweise in der Online-Stadtdebatte untervertreten. Diese Erkenntnis sollte bei künftigen webbasierten Austausch- und Dialogformen sorgfältig beachtet werden.
III. Der Einbezug von Interessengruppen und bekannten Persönlichkeiten in die Kommunikations- und Marketing-Strategie hat zum Erfolg der Online-Stadtdebatte beigetragen. Mittels Online-Netzwerken und -Plattformen von Interessengruppen konnten verschiedenste Zielgruppen angesprochen werden. Das Einladen von Persönlichkeiten als Gäste wirkte sich positiv auf die Online-Medienberichterstattung aus.
IV. Das Verfassen von Beiträgen unter Namensangabe hat sich in der Online-Stadtdebatte bewährt. Obwohl diese Regelung im Vorfeld vereinzelt für Irritationen und Kritik sorgte, erwies sie sich als vorteilhaft für die Qualität der Beiträge. Es mussten keine Teilnehmenden aufgrund ungebührlicher Inhalte ihrer Beiträge gemahnt oder ausgeschlossen werden.

V. Die Online-Community regulierte sich selbst – analog zu realen Grossgruppen. Die überwiegende Mehrheit der Teilnehmenden zeigte ein bemerkenswertes Verhalten gegenüber vereinzelten Stimmen, die durch beständiges Nörgeln auffielen. Entweder wurde nicht auf deren Beiträge eingegangen oder diese wurden direkt angesprochen und zur Mässigung aufgefordert.

VI. Die Online-Stadtdebatte stand im Spannungsfeld zwischen gewünschter Transparenz und gefordertem Datenschutz. Zur Erreichung einer möglichst grossen Transparenz blieb die Online-Stadtdebatte nach dem Anlass während dreieinhalb Monaten im Read-Only-Status für alle Teilnehmenden einsehbar. Zur Gewährleistung des Datenschutzes konnten jedoch ausschliesslich registrierte Teilnehmende Einsicht nehmen. Die Beiträge und die Namen der Verfasser und Verfasserinnen konnten zu keinem Zeitpunkt via Internet-Suchmaschinen aufgerufen werden.

VII. Die eingesetzte IT-Applikation war erprobt und arbeitete die gesamte Zeit störungsfrei. Ihre Bedienung war für das Projektteam und die Teilnehmenden relativ einfach. Sie war jedoch relativ starr, sodass Anpassungen (customizing) nur bedingt möglich waren. Verbesserungspotenzial besteht namentlich in den Bereichen Moderation und Auswertung. Aufgrund ihres hohen finanziellen und personellen Ressourcenbedarfs kommt die Applikation nur für grössere Diskursprozesse infrage.

VIII. Die Online-Stadtdebatte fand überregionale Beachtung. Verschiedene Städte und Forschungsinstitutionen in der Schweiz und dem nahen Ausland bekundeten ihr Interesse am Pilotprojekt. Die Stadt Zürich leistete mit der Online-Stadtdebatte Pionierarbeit betreffend webbasierte Diskurse über Stadtentwicklung.

Die Stadtentwicklung Zürich zieht aufgrund der beachtlichen und allgemein positiven Resonanz auf die Online-Stadtdebatte folgende Schlussfolgerungen:

- Grundsätzlich ist es sinnvoll, Online-Austausch- und Dialogformen bei künftigen Projekten und Prozessen zur Stadt- und Quartierentwicklung mitzudenken und – wo sinnvoll und möglich – miteinzubeziehen. Ihr Einsatz muss je nach Art des Vorhabens aufgabengerecht (ex-ante, parallel, ex-post) erfolgen.
- Grosse Online-Stadtdebatten, ähnlich der durchgeführten, eignen sich zum «Pulsfühlen» beispielsweise bei Entwürfen von gesamtstädtischen Strategien oder zu gewichtigen Vorhaben von gesamtstädtischer Relevanz.
- In Ergänzung zu den vielfach durchgeführten informellen Mitwirkungsverfahren zu konkreten lokalen Vorhaben und Prozessen sollten die Möglichkeiten einer virtuellen Beteiligung (ePartizipation) ausgelotet werden.
- Mittels einer jeweils temporär offenen Online-Dialog- und Feedbackplattform (Webforum) könnte der Austausch mit der Bevölkerung über publizierte Berichte und Studien der Stadt oder über aktuelle, begrenzte Themen und Fragestellungen intensiviert werden.

Die Zielsetzungen der Online-Stadtdebatte wurden aus Sicht der Stadtentwicklung Zürich mehrheitlich erreicht. Offen bleibt, inwiefern das Webforum über den Kreis der effektiv Teilnehmenden hinaus eine breitere Öffentlichkeit für die Vielschichtigkeit des Themas Stadtentwicklung zu sensibilisieren vermochte.

1 Das Projekt

1.1 Hintergrund

Die Online-Stadtdebatte zu Zürichs Stadtentwicklung wurde im Rahmen des laufenden Legislaturschwerpunkts «Stadt und Quartiere gemeinsam gestalten» als erstes Teilprojekt im Sinne eines Experiments vom 15. bis 17. September 2011 durchgeführt. Veranstalterin dieser temporären Webplattform zur Stadtentwicklung war die Stadt Zürich. Die Dienstabteilung Stadtentwicklung Zürich war mit der Konzeption, Realisierung und Auswertung des Webforums betraut worden; die technische Infrastruktur und Betreuung wurde bei IBM Schweiz eingekauft.

Zürich wandelt sich wahrnehmbar – baulich und sozial. Die Dynamik der letzten Jahre ist einerseits Ausdruck wirtschaftlicher Prosperität und des gesellschaftlichen Wandels, es stellen sich dadurch aber auch neue Fragen bezüglich der Gestaltung der Zukunft der Stadt. Der Stadtrat erachtet es als wichtig, dass in dieser Situation eine breite Diskussion über die Stadtentwicklung geführt wird, in welcher auch die zahlreichen und komplexen Zielkonflikte sichtbar werden, die mit dem Bemühen um eine möglichst lebenswerte, gerechte und prosperierende Stadt verbunden sind. Diese öffentliche Diskussion darf nach Ansicht des Stadtrats durchaus auch Impulse vonseiten der öffentlichen Hand erhalten. Er erachtet es als Selbstverständlichkeit und spannende Möglichkeit, dass dabei von einer modernen Stadt wie Zürich auch neue Wege ausprobiert werden. Dieser Innovationsaspekt hat denn auch positive Nebeneffekte gezeitigt. Verschiedene Anfragen von anderen Städten sowie von Hochschulen und Tagungsveranstaltenden zeigen, dass die Online-Stadtdebatte vielerorts interessiert verfolgt und damit Zürichs im deutschsprachigen Raum eingenommene Pionierrolle wahrgenommen wurde.

1.2 Ziel

Mit dem dreitägigen Webforum, das allen Zürcherinnen und Zürchern sowie allen Zürich-Interessierten offenstand, verfolgte die Stadt Zürich folgende Ziele:

1. eine breite, interessierte Öffentlichkeit für das Thema «Stadtentwicklung» zu sensibilisieren und deren Vielschichtigkeit aufzuzeigen;
2. der Bevölkerung ein Forum für Fragen der Stadtentwicklung zu bieten und die Möglichkeit zu geben, Anliegen zu platzieren und zu diskutieren;
3. eine Debatte anzuregen, um Inputs für die städtische Politik zu erhalten;
4. im Anschluss an die Online-Debatte eine Liste mit Themen zu generieren, zu der sich die Stadt Zürich äussern wird.

Wichtiges internes Ziel war es, mit der für die Stadt Zürich neuartigen Form einer Online-Debatte Erfahrungen mit neuen Medien zu sammeln.

1.3 Webforum statt Befragung

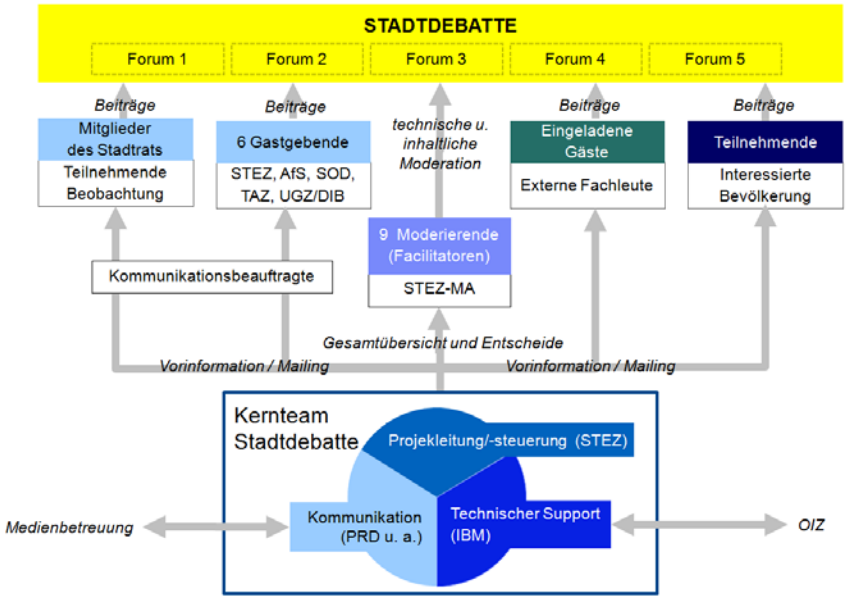
Die Online-Stadtdebatte war ein strukturiertes Informations- und Diskussionsforum im virtuellen Raum. Die Debatte wurde in Form eines «Mini Innovation Jam»™ der IBM auf einem externen IBM-Server durchgeführt. Ein solcher «Jam», nachfolgend als Webforum bezeichnet, ist eine zeitlich eng begrenzte, im Fall der Stadtdebatte 60 Stunden dauernde Online-Diskussion. Dadurch erlangt der Anlass Eventcharakter, was durch die elektronische Moderation der Diskussionen (s. Kap. 1.4) betont wird. Da die Diskussionen nicht in Echtzeit stattfinden, unterscheidet sich das Webforum von einem Chat (elektronisches Plaudern in Echtzeit). Ebenso wenig handelt es sich um einen Blog (Web-Log, kurz Blog), der meist eine Art Logbuch einzelner Web-Logger darstellt.

Weiter gilt es festzuhalten, das die Online-Stadtdebatte keine Befragung im gängigen sozialwissenschaftlichen Verständnis dieses Begriffs darstellt und auch nicht als solche geplant war. Von der Stadt Zürich bzw. im Auftrag der Stadt Zürich durchgeführte Befragungen wie etwa die Bevölkerungsbefragung basieren jeweils auf den wissenschaftlich-methodischen Standards der Stichprobenauswahl, um repräsentative Aussagen zu erhalten. Als Webforum stand die Online-Stadtdebatte – nach einer üblichen Registration (s. Kap. 1.7) – grundsätzlich jeder Person weltweit für eine beliebige Anzahl von Besuchen und Diskussionsbeiträgen bzw. Meinungsäusserungen offen.

1.4 Rollen der Beteiligten

Bei der Stadtdebatte hatten verschiedene Beteiligte unterschiedliche Rollen inne.

Abbildung 1: Diskussionsforen und Rollen der Beteiligten



Direktoren und Direktorinnen der Stadtverwaltung übernahmen die Funktion als Gastgeber und Gastgeberinnen (**Hosts**) der thematischen Diskussionsforen. Ihre Aufgabe war es, mittels eigener Beiträge neue Diskussionen zu starten und Teilnehmende zum Mitdiskutieren anzuregen sowie in laufenden Diskussionen nachzufragen und auf städtische Sichtweise und Rahmenbedingungen hinzuweisen. Mitarbeitende der Stadtentwicklung Zürich waren als Moderatoren und Moderatorinnen (Facilitatoren) tätig. Ihre Rolle war es, die ihnen zugewiesenen Diskussionsforen technisch und inhaltlich zu moderieren. Die Facilitatoren arbeiteten eng mit dem Kernteam zusammen, welches aus Personen der Stadtentwicklung, der IBM, der PRD-Kommunikation bestand. Diese leiteten den Anlass und stellten die Koordination unter den Beteiligten sicher.

Sogenannte eingeladene Gäste, d.h. externe Fachleute aus Praxis und Theorie, wurden im Vorfeld der Stadtdebatte persönlich eingeladen, ihre eigene Sichtweise und Anliegen in das dreitägige Webforum einzubringen. Mitgliedern des Stadtrats war es freigestellt, selber mitzudiskutieren oder als aktive Zuhörende die Stadtdebatte mitzuverfolgen.

1.5 Moderation der Online-Stadtdebatte

Wie bereits erwähnt übernahmen die Moderatoren und Moderatorinnen (Facilitatoren) eine zentrale Rolle bei der Moderation der Online-Stadtdebatte, welche sowohl technisch wie auch inhaltlich erfolgte. Einerseits wurde mittels Link an prominenter Stelle innerhalb der Stadtdebatte auf interessante Beiträge bzw. Diskussionen der Teilnehmenden hingewiesen. Andererseits fragten die Moderierenden gezielt bei Teilnehmern und Teilnehmerinnen nach, deren Beiträge vage formuliert waren oder auf wenig Resonanz bei den anderen Teilnehmenden stiessen.

Die Kommunikation während des Anlasses mit den Teilnehmenden erfolgte via Mailings, welche ein bis zwei Mal pro Tag verschickt wurden. Darin wurde auf die wichtigsten Diskussionen der vergangenen Stunden hingewiesen. Zudem wurden sie eingesetzt, um einzelne Teilnehmergruppen gezielt anzusprechen und zu motivieren, vermehrt mitzumachen.

1.6 Diskussionsforen

In den Diskussionsforen verfassten die Teilnehmenden ihre Beiträge. Dabei konnten sie entweder einen initialen Beitrag verfassen und damit eine neue Diskussion beginnen oder sie konnten auf einen Beitrag antworten und damit eine bestehende Diskussion weiterführen. Die Online-Stadtdebatte umfasste fünf thematische Diskussionsforen, die bereits im Vorfeld des Anlasses kommuniziert wurden.

Forum A: Wie soll sich Zürich baulich verändern?

Die bauliche Erneuerung und Verdichtung der Stadt ist die Folge der anhaltenden Urbanisierung. Wie wirkt sie sich auf Zürichs Quartiere aus?
Host: Patrick Gmür, Direktor Amt für Städtebau

Zürich ist attraktiv gelegen, mitten in Europa, das wirtschaftliche Zentrum der Schweiz in einem prosperierenden Metropolitanraum. Die Wohnbevölkerung wächst, neue Unternehmungen aus der Schweiz und der ganzen Welt ziehen nach Zürich. 415‘000 Menschen werden im Jahr 2020 in Zürich wohnen. So lautet die Prognose.

Das schafft Probleme. Zwar weist die aktuelle Bau- und Zonenordnung genügend Platz aus, damit Zürich wachsen kann, aber wie können wir verhindern, dass die Wohnqualität sinkt oder die Freiräume verschwinden? Wie können wir sicherstellen, dass sich Zürich verändern kann und doch unverwechselbar bleibt? Oder können wir die heutigen Erfolgspositionen sogar ausbauen? Wie wird die gute Durchmischung gesichert? Wie die gute Vernetzung aufrechterhalten? Kann man die diskrete Urbanität erhalten oder wird Zürich zur Allerweltsstadt? Erleben wir die Stadt weiterhin als offen und einladend? Und können wir alle weiterhin von der ausgezeichneten Lage und der Umweltqualität profitieren?

Diesen Fragen hat sich auch der Stadtrat in den Strategien Zürich 2025 und der Räumlichen Entwicklungsstrategie gestellt. Der Stadtrat sieht die Urbanisierung als Chance und die Erneuerung und Verdichtung der Stadt als Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung für ein lebenswertes Zürich.

Forum B: Wo liegen Zürichs Grenzen?

Zürich und die umliegenden Gemeinden verschmelzen immer stärker. Wie lässt sich der gesamte Lebensraum optimal organisieren?
Host: Brigit Wehrli, Direktorin Stadtentwicklung Zürich (bis 11/2011)

Die politischen Gemeindegrenzen, die zum Beispiel für die Politik und die Höhe der Steuern relevant sind, stimmen mit den funktionalen Grenzen für Arbeit, Ausbildung, Wohnen und Freizeit längst nicht mehr überein.

In der engeren Agglomeration Zürich lebt und arbeitet rund eine Million Menschen. Innerhalb der heutigen Stadtgrenzen ist der Platz für weitere Nutzungen in der Stadt beschränkt – es gilt zu priorisieren. Wofür soll der Platz verwendet werden? Für Wohnungen, Arbeitsplätze oder für zentrale Einrichtungen wie ein neues Kongresszentrum? Alles zusammen ist nicht möglich. Denkt man Zürich im grösseren Rahmen, stellt sich die Frage: Was lässt sich ebenso gut auch in der Agglomeration ansiedeln? Wird die engere Agglomeration nicht automatisch zur Stadt? Neue urbane Kerne entstehen: zum Beispiel Schlieren oder Uster. Die S-Bahn ist radial angelegt und geht von einem Zentrum aus. Gibt es in der grösseren Stadt künftig viele Zentren, die besser miteinander verbunden sein sollten? Müssen wir funktional anders denken, etwa in der Kategorie des neu geschaffenen Metropolitanraums Zürich? Oder sollen die politischen Grenzen neu ausgehandelt werden?

Forum C: Wie wollen wir zusammenleben?

Gesellschaftliche Vielfalt ist eine Qualität der Städte. Wie lebt Zürichs Bevölkerung in Zukunft mit- und nebeneinander?
Host: Mirjam Schlup Villaverde, Direktorin Soziale Dienste

In Zürich leben rund 385’000 Menschen in vielfältigen Haushaltsformen, mit unterschiedlichen wirtschaftlichen Möglichkeiten und verschiedenen kulturellen Hintergründen. Eine Mehrheit der Stadtbevölkerung ist zugezogen, sei es aus einer umliegenden Gemeinde, einem anderen Kanton oder aus dem Ausland. Weniger als ein Fünftel der Zürcherinnen und Zürcher lebt seit Geburt in der Stadt. Zur Wohnbevölkerung kommen fast 200’000 Personen hinzu, die täglich zur Arbeit in die Stadt pendeln. Alle diese Menschen bilden zusammen eine grosse gesellschaftliche Vielfalt. Dies ist eine bedeutende Qualität der Stadt, aber auch eine Herausforderung: Unterschiedliche Lebensstile und Wertvorstellungen treffen aufeinander; die intensivere Nutzung des öffentlichen Raums durch ein verändertes Freizeitverhalten führt zu Interessenkonflikten und veränderte Bedürfnisse und Ansprüche an die Infrastruktur belasten die Generationensolidarität.

Die Stadt kann das gute Zusammenleben in den Quartieren und die aktive Mitwirkung der ganzen Bevölkerung am gesellschaftlichen Leben nicht gewährleisten, aber mit gezielten Massnahmen fördern. Eine Stossrichtung der Strategien Zürich 2025 besteht denn auch in der «Förderung eines guten Zusammenlebens». Besondere Beachtung wird den persönlichen Freiheiten, aber auch den Sicherheitsbedürfnissen, den Gender-Aspekten und der Vermeidung sozialer Segregation geschenkt. Was sollte die Stadt weiter oder ganz besonders berücksichtigen?

Forum D: Wie leben wir mit 2000 Watt?

Zürich hat sich der 2000-Watt-Gesellschaft verpflichtet. Was bedeutet das für unsere künftigen Lebensstile?
Hosts: Bruno Hohl, Direktor Umwelt und Gesundheitsschutz
Felix Schmid, Stellvertreter des Energiebeauftragten der Stadt Zürich

Zürich ist auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft. Das haben die Stimmberechtigten 2008 beschlossen. Die Ziele: den Energiekonsum pro Kopf von 5000 auf 2000 Watt und den CO_2-Ausstoss von 5,5 Tonnen auf 1 Tonne pro Jahr zu reduzieren. Gleichzeitig wird die Stadt Zürich aus der Atomenergie aussteigen.

Wie erreichen wir die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft? Zuerst einmal, indem wir auf Energieeffizienz setzen, also in isolierten Häusern wohnen und effiziente Fahrzeuge und Technologien nutzen. Und wir werden sparsam mit Ressourcen umgehen und unsere Bedürfnisse kritisch hinterfragen müssen – ganz nach dem Grundsatz: Weniger ist mehr. Ausserdem nutzen wir die erneuerbaren Energien, durch Wind, Sonne und Erdwärme. Das macht uns unabhängiger von Öl, Erdgas und Uran.

Natürlich läuft diese Entwicklung nicht von heute auf morgen ab: Die 2000-Watt-Gesellschaft ist eine Aufgabe für mehrere Generationen. Doch schon heute müssen wir uns fragen: Wie leben wir in der 2000-Watt-Gesellschaft? Sind Autokilometer rationiert? Geben Sonne, Wind und Co. genügend Energie her, um unsere Wohnungen zu heizen und uns mit Strom zu versorgen? Wird der Energiekonsum künftig rigide überwacht werden? Oder entwickeln wir neue Gewohnheiten und finden eine neue Lebensqualität?

Forum E: Wie bewegen wir uns in der Stadt?

Mobilität ist ein Grundbedürfnis von immer mehr Menschen auf gleich bleibendem Raum. Wie müssen wir sie organisieren?
Host: François Aellen, Direktor Tiefbauamt Stadt Zürich

Über eine Million Menschen bewegt sich jeden Tag in Zürich. Mit dem anhaltenden Wachstum unserer Stadt werden diese Zahlen steigen. Unverändert bleibt hingegen der Platz, der für die zunehmende Mobilität zur Verfügung steht. Es gilt also, auf gleicher Fläche mehr Verkehr abzuwickeln. Dieses Ziel will die Stadt Zürich unter anderem mit der Mobilitätsstrategie erreichen.

Dies braucht Konzepte für den öffentlichen Raum. Denn der Strassenraum ist mehr als eine Verkehrsfläche. Er ist auch Lebensraum, in dem ein grosser Teil des städtischen Lebens stattfindet. Er besteht aus Plätzen und Grünanlagen, Boulevard-Cafés, Sitzgelegenheiten, Auslagen von Geschäften und so weiter. Immer mehr Veranstaltungen finden unter freiem Himmel statt. Auch dies macht die Diskussion über unsere künftige

Mobilität bedeutend. Wie lassen sich die unterschiedlichen Anforderungen an den öffentlichen Raum mit der wachsenden Mobilität in Einklang bringen?

1.7 Registration und Regeln

Um an der Stadtdebatte teilzunehmen, mussten sich alle Teilnehmenden registrieren. Dies erfolgte online und stand allen Menschen weltweit offen. Bei der Registration, welche rund vier Wochen vor dem Anlass gestartet wurde, mussten die Teilnehmenden nebst ihrem Namen und Vornamen auch verschiedene soziodemografische Kriterien angeben.

Abbildung 2: Registrationskriterien

Meine persönlichen Angaben (allen Teilnehmenden ersichtlich)

- Vorname und Nachname
- Aktueller Wohnort (Kategorien)
- Aktueller Arbeits-/Ausbildungsort (Kategorien)

Zusätzliche Informationen
(Vorgegebene Auswahlkategorien, den anderen Teilnehmenden nicht ersichtlich)

- Alter
- Geschlecht
- Bildungsstufe
- Staatsangehörigkeit
- Nutzung der Freizeit- und Kulturangebote in der Stadt Zürich

Im Weiteren mussten die Teilnehmenden eine gültige E-Mail-Adresse angeben, an welche die Registrationsbestätigung gemailt wurde. Zum Abschluss der Registration mussten die Teilnehmenden die aufgeführten Regeln der Online-Stadtdebatte akzeptieren. Diese regelten insbesondere den Datenschutz sowie die Nutzungs- bzw. Eigentumsrechte und die Netiquette. (s. separater Appendix)

Eine obligatorische Registration ist integraler Bestandteil des «Mini Innovation Jam»™ der IBM und hat sich bei vielen Webforen in verschiedenen Ländern bewährt. Durch die bei der Registration gemachten Angaben bleiben die Teilnehmenden nicht anonym. Sie verfassen ihre Beiträge in ihrem Namen, was sich positiv auf die Qualität der Beiträge auswirkt, sodass Pöbeleien oder Obszönitäten kaum auftreten.

Diese Erfahrung bestätigte sich auch bei der Online-Stadtdebatte. Kein einziger Verfasser der rund 2‘000 Beiträge musste aufgrund eines Regelverstosses gemahnt oder zensuriert werden.

Dank den angegebenen E-Mail-Adressen konnten die Teilnehmenden vor und während des Anlasses elektronisch über die Stadtdebatte informiert werden. Die soziodemografischen Angaben dienen rein der statistischen Auswertung (s. Kap. 2).

1.8 Transparenz und Datenschutz

Die Online-Stadtdebatte konnte bis Ende 2011, d.h. noch rund dreieinhalb Monate nach dem Anlass, in einem sogenannten Read-Only-Status eingesehen werden. Während dieser Zeit konnten alle Teilnehmenden sämtliche Beiträge nachlesen. Da die Registration während der genannten Zeitspanne offen blieb, konnten auch noch nicht registrierte Personen die Beiträge nachlesen.

Zu keinem Zeitpunkt konnten die Beiträge und deren Verfasser und Verfasserinnen über eine Internet-Suchmaschine identifiziert werden. Die Auswertung des Webforums erfolgt, gemäss Regeln der Stadtdebatte, in anonymisierter Form.

Abbildung 3: Impressionen aus dem Stadtdebatten-Büro

2 Quantitative Auswertungen

2.1 Grundlage der statistischen Auswertung

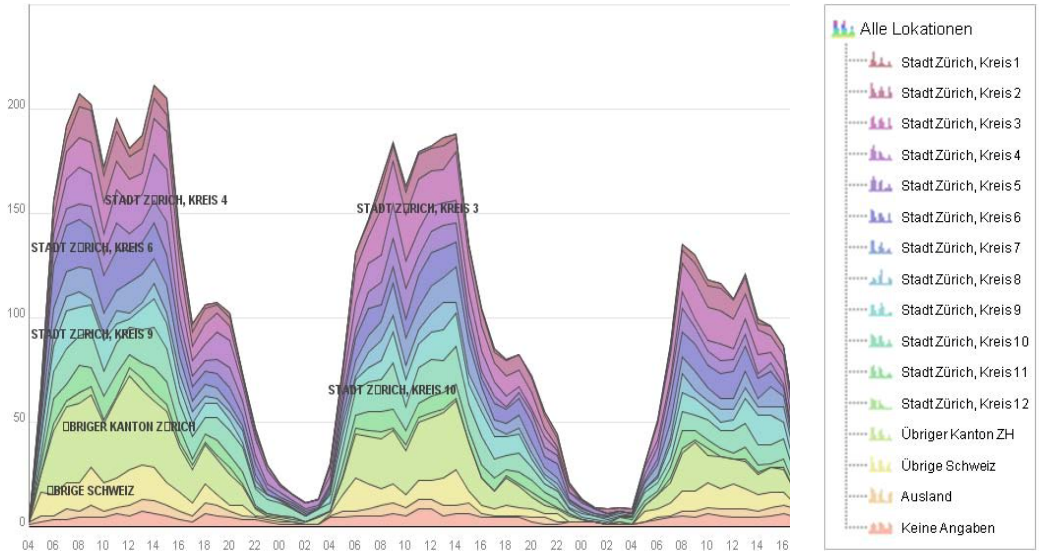
Die Basis der statistischen Auswertung bilden die von den Teilnehmenden bei der Registration gemachten soziodemografischen Angaben sowie die während des Anlasses verzeichneten Logins. Ausgewertet wurden die Daten mittels der IBM-Software *many eyes* und mittels eigener Analysen.

2.2 Wie viele Personen haben die Stadtdebatte besucht und mitdiskutiert?

Die dreitägige Stadtdebatte wurde von insgesamt 1‘246 Teilnehmenden (Unique Logins) 3‘682-mal besucht (Total Logins). Die Zahl der Personen, welche die Online-Stadtdebatte mehrmals besuchten, stieg innerhalb der drei Tage kontinuierlich an, was sich positiv auf die Online-Diskussionen auswirkte.

Zeitlicher Verlauf der Anzahl online Teilnehmenden
Während insgesamt 18 der 60 Stunden dauernden Stadtdebatte waren mehr als 150 Personen gleichzeitig online aktiv und zu Spitzenzeiten sogar über 200 Personen.

Abbildung 4: Zeitlicher Verlauf der Anzahl online Teilnehmenden nach Wohnort



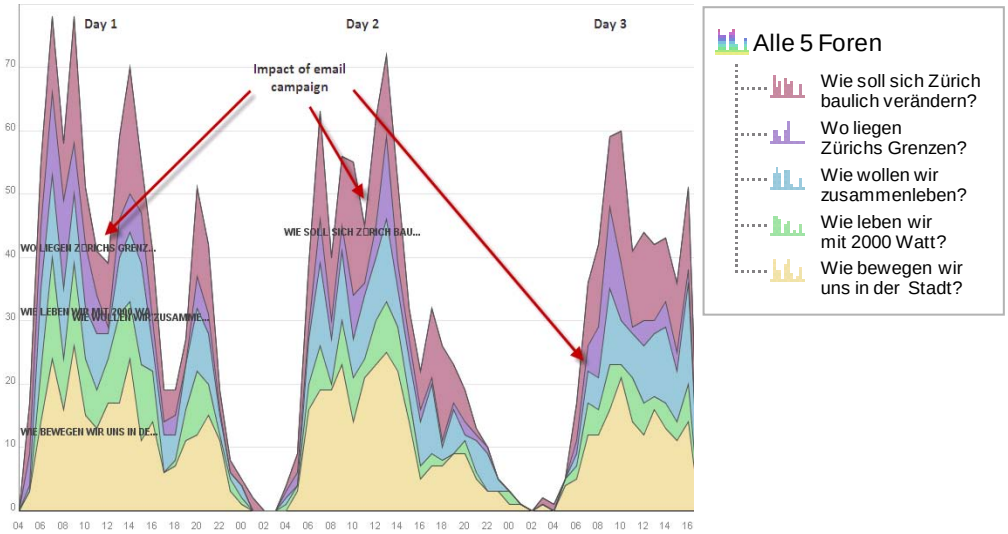
Im zeitlichen Verlauf der aktiven Teilnehmenden, die online sind, lassen sich die drei Tage des Events klar ablesen. Im Tagesverlauf aller drei Tage erreichte die Anzahl der Teilnehmenden im Verlauf des Morgens einen Höhenpunkt. Nach einem leichten

Rückgang kletterte die Teilnehmerzahl am frühen Nachmittag nochmals in die Höhe, um danach rasch abzufallen, bevor am Abend nochmals eine leichte Zunahme zu verzeichnen war. Die Anzahl Teilnehmende erreichte am ersten Tag einen Höchststand, während an Tag zwei und drei die Anzahl der Teilnehmenden geringer war. Der zeitliche Verlauf der online Teilnehmenden entsprach den Erfahrungen aus anderen Webforen der IBM.

Anzahl Beiträge

Während der Stadtdebatte wurden während 60 Stunden insgesamt 1‘996 Beiträge verfasst, was rund 660 A4-Seiten Text entspricht. In den Spitzenzeiten wurden über 70 Beiträge pro Stunde verfasst. Insgesamt wurden 337 Diskussionen geführt, welche im Durchschnitt aus 6 Beiträgen bestanden.

Abbildung 5: Anzahl Beiträge pro Stunde und Diskussionsforum im Zeitverlauf der dreitägigen Stadtdebatte



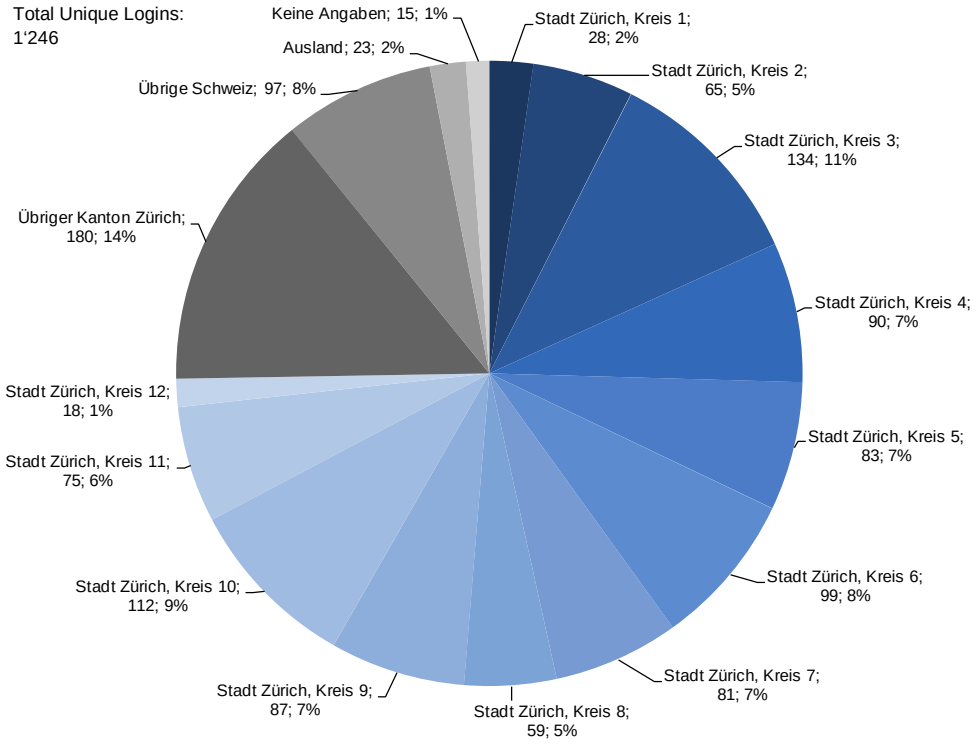
Die roten Pfeile in Abbildung 5 verweisen auf die Mailings, mit denen die Teilnehmenden über den Verlauf der Online-Stadtdebatte informiert und zum Mitdiskutieren ermuntert wurden. Dank den Mailings, welche teils an alle registrierten Personen und teils an ausgesuchte Gruppen (Frauen, Jugendliche) gingen, konnte die Anzahl verfasster Beiträge erhöht und konnten damit die Diskussionsforen belebt werden.

2.3 Wer hat teilgenommen?

Teilnehmende nach Wohnort

Rund drei Viertel der Teilnehmenden stammten aus der Stadt, 14% stammten aus dem restlichen Kanton Zürich und 8% aus der restlichen Schweiz. Alle Stadtkreise der Stadt waren vertreten.

Abbildung 6: Aktueller Wohnort der Teilnehmenden



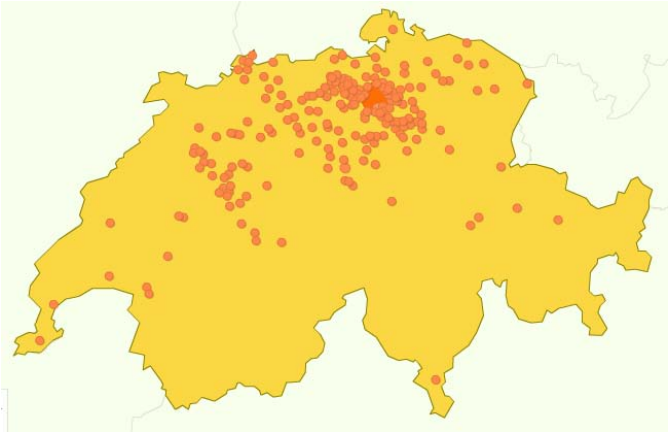
Schweizer Städte und Gemeinden mit den meisten Teilnehmenden

Eine Schweizer Karte mit den Herkunftsorten (IP-Adresse) der Teilnehmenden zeigt eine breite Verteilung über die Deutschschweiz. Die Top-Ten-Liste umfasst, nebst der Stadt, sowohl Zürcher Agglomerationsgemeinden als auch weitere Kernstädte.

Abbildung 7: Verteilung der Teilnehmenden nach Schweizer Städten und Gemeinden

Top-Ten-Liste der Schweizer Städte/Gemeinden mit den meisten Teilnehmenden

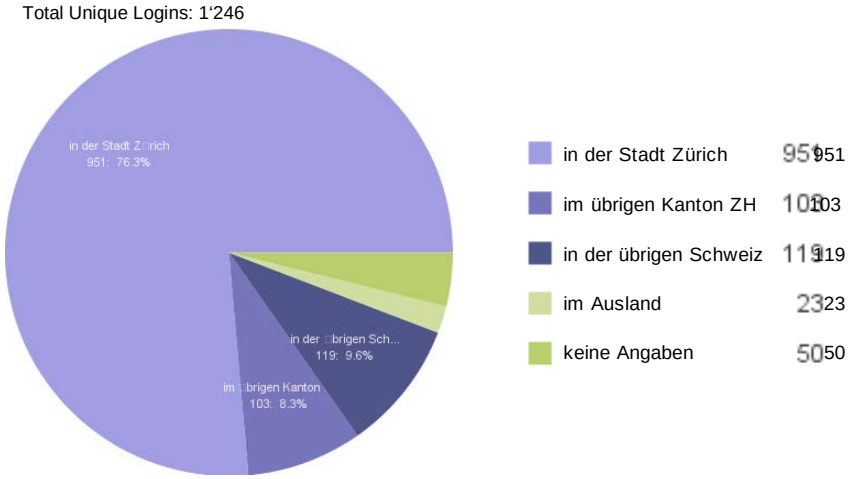
1. Zürich
2. Kilchberg
3. Luzern
4. Fällanden
5. Bern
6. Winterthur
7. Baden
8. Hedingen
9. Basel
10. Geroldswil



Teilnehmende nach Ausbildungs-/Arbeitsort

Rund drei Viertel der Teilnehmenden haben ihren aktuellen Ausbildungs- bzw. Arbeitsort in der Stadt, 10% stammten aus dem restlichen Kanton Zürich und 8% aus der restlichen Schweiz.

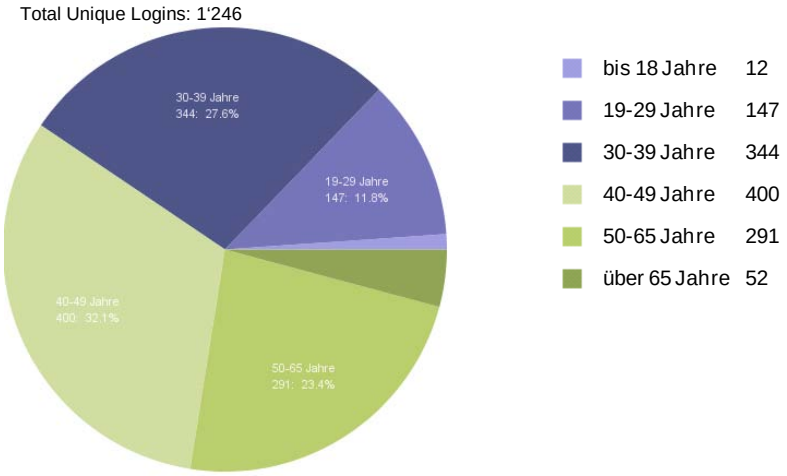
Abbildung 8: Teilnehmende nach Ausbildungs-/Arbeitsort



Teilnehmende nach Alterskategorien

Alle Alterskategorien waren relativ gut vertreten mit Ausnahme der unter 18-Jährigen, welche nur 1% der Teilnehmenden ausmachten. Zwischen einem Viertel und einem Drittel der Teilnehmenden stammte je aus den drei Altersgruppen 30–39 Jahre, 40–49 Jahre und 50–65 Jahre. Die über 65-Jährigen machten 4% der Logins aus.

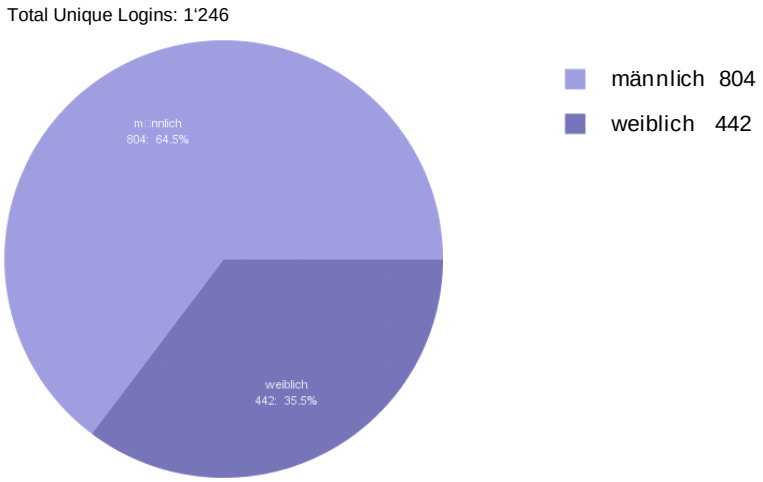
Abbildung 9: Teilnehmende nach Alterskategorien



Teilnehmende nach Geschlecht

Ein Drittel aller Besuchenden waren Frauen, zwei Drittel Männer. Trotz der statistischen Untervertretung der Frauen kann aufgrund der IBM-Erfahrung festgehalten werden, dass die Stadtdebatte im Vergleich zu anderen Webforen eine durchschnittliche Frauenbeteiligung erreichte.

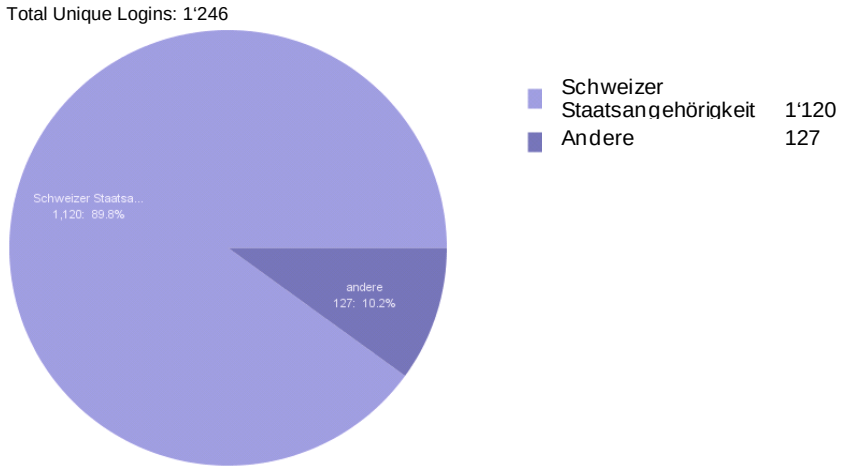
Abbildung 10: Teilnehmende nach Geschlecht



Teilnehmende nach Nationalität

Die überwiegende Mehrheit (90%) der Teilnehmenden verfügt über die Schweizer Staatsangehörigkeit.

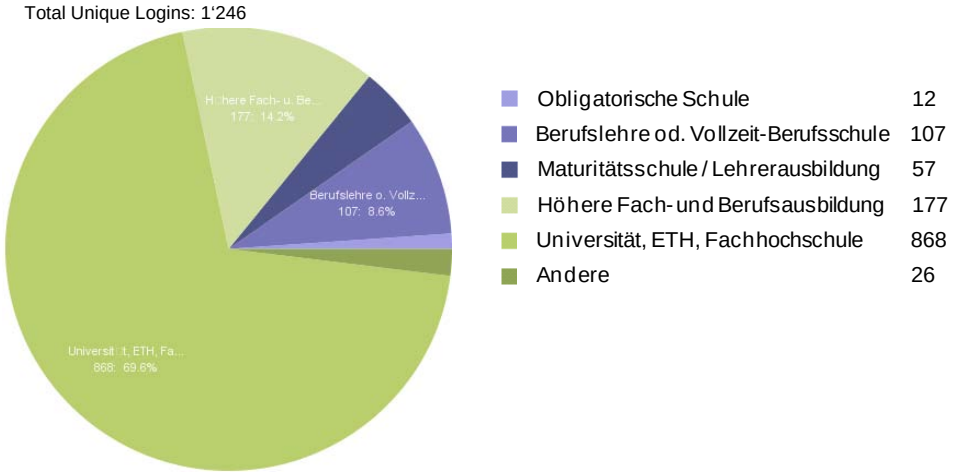
Abbildung 11: Teilnehmende nach Nationalität



Teilnehmende nach Bildungsstufen

Der Anteil der gut bis sehr gut gebildeten Teilnehmenden war sehr hoch: Zwei Drittel der Teilnehmenden verfügen über einen Hochschulabschluss (Universität, ETH, Fachhochschulen) und jeder Siebte (14%) über einen Abschluss einer Höheren Fach- oder Berufsausbildung.

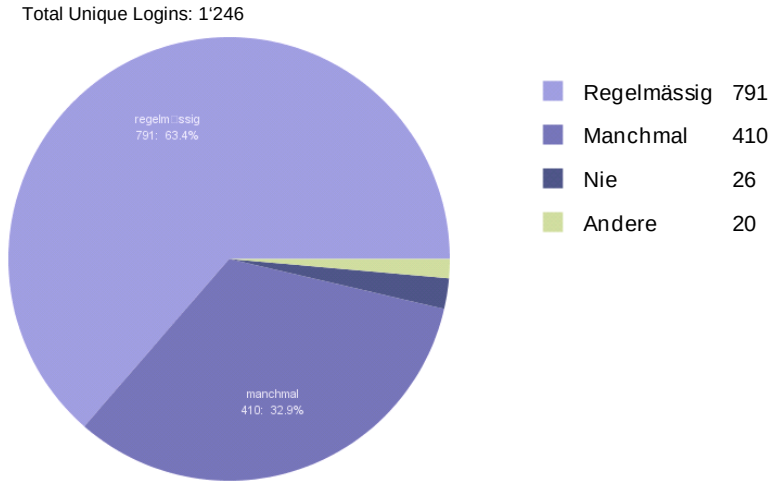
Abbildung 12: Teilnehmende nach Bildungsstufen



Nutzung des Freizeit- und Kulturangebots durch die Teilnehmenden

Die Teilnehmenden der Online-Stadtdebatte sind fleissige Nutzerinnen und Nutzer des Freizeit- und Kulturangebots in der Stadt: Knapp zwei Drittel benutzen die Angebote regelmässig, bzw. ein Drittel tut dies manchmal.

Abbildung 13: Nutzung des Freizeit- und Kulturangebots in der Stadt durch die Teilnehmenden

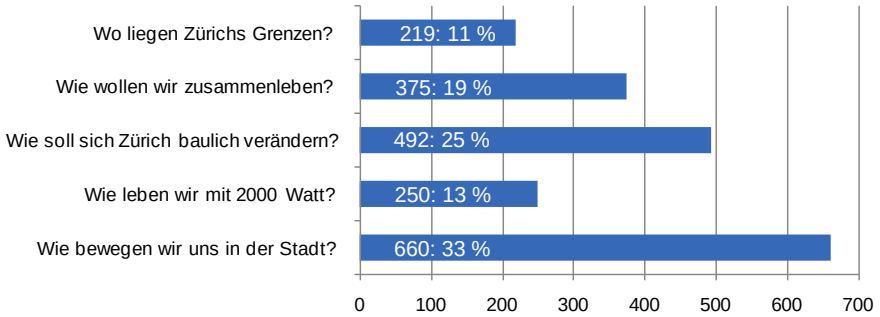


2.4 Auswertung nach Foren

Anzahl Beiträge und Länge der Diskussionen pro Forum

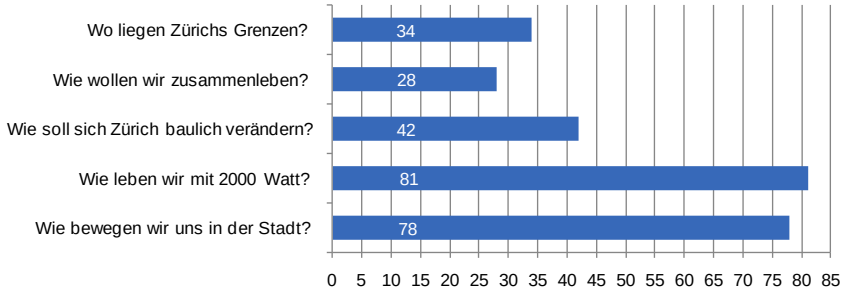
In den fünf Diskussionsforen wurden unterschiedlich viele Beiträge verfasst. Das Forum «Wie bewegen wir uns in der Stadt?» wies am meisten Beiträge (660 oder 33%) auf; am wenigsten Beiträge wurden im Forum «Wo liegen Zürichs Grenzen?» (219 oder 11%) verfasst.

Abbildung 14: Anzahl Beiträge nach Diskussionsforen (Total: 1'996 = 100%)



Nicht nur die Anzahl verfasster Beiträge war in den verschiedenen Foren unterschiedlich, sondern auch die Länge einzelner Diskussionen (= Anzahl Beiträge pro Diskussion) in den Foren.

Abbildung 15: Anzahl Beiträge der längsten Diskussionen innerhalb eines Forums



Die mit Abstand längsten Diskussionen wurden in den beiden Foren über Mobilität (78 Beiträge) und über 2000 Watt geführt. Es besteht kein Zusammenhang zwischen der Anzahl Beiträge pro Forum und der Länge der Diskussionen (Anzahl Beiträge pro Diskussion) in den Foren.

Teilnehmende pro Forum

Hinsichtlich der soziodemografischen Zusammensetzung der Teilnehmenden der einzelnen Diskussionsforen zeigt sich, dass diese jeweils gewisse Abweichungen zur Teilnehmerschaft der gesamten Stadtdebatte aufweist, jedoch nicht fundamental.

Abbildung 16: Soziodemografisches Profil der Teilnehmenden nach Foren

Profil der Teilnehmenden nach Foren (verfasste Beiträge = 100%)	Online-Stadtdebatte	Wie soll sich Zürich baulich verändern?	Wo liegen Zürichs Grenzen?	Wie wollen wir zusammenleben?	Wie leben wir mit 2000 Watt?	Wie bewegen wir uns in der Stadt?
Anzahl Beiträge						
Anzahl Beiträge (N)	1'996	492	219	375	250	660
Wohnort						
Stadt Zürich	72%	75%	65%	74%	71%	72%
übriger Kanton Zürich	17%	12%	21%	10%	20%	22%
übrige Schweiz	4%	6%	5%	2%	2%	4%
Ausland	5%	5%	8%	5%	7%	2%
keine Angaben	2%	2%	1%	8%	0%	0%
Alterskategorien						
bis 18 Jahre	1%	1%	0%	1%	2%	1%
19-29 Jahre	6%	5%	6%	7%	2%	8%
30-39 Jahre	22%	26%	13%	18%	22%	26%
40-49 Jahre	34%	31%	36%	39%	31%	33%
50-65 Jahre	32%	33%	37%	32%	39%	27%
über 65 Jahre	5%	5%	7%	3%	5%	6%
Geschlecht						
Anteil Männer	71%	71%	78%	62%	64%	76%
Anteil Frauen	29%	29%	22%	38%	36%	24%
Nationalität						
Non-CH	8%	9%	12%	6%	10%	7%
CH	92%	91%	88%	94%	90%	93%
Bildungsstufe						
andere	2%	3%	1%	2%	2%	1%
Obligatorische Schule	0%	0%	0%	0%	0%	0%
Berufslehre o. Vollzeit-Berufsschule	8%	6%	5%	6%	6%	12%
Maturitätsschule, Lehrerausbildung	4%	2%	0%	3%	10%	6%
Höhere Fach- u. Berufsausbildung	17%	14%	11%	25%	11%	18%
Universität, ETH, Fachhochschule	69%	75%	82%	64%	71%	63%
Nutzung Freizeit-/Kulturangebote						
andere	2%	1%	2%	0%	2%	3%
nie	7%	6%	9%	10%	9%	5%
manchmal	28%	26%	25%	21%	35%	32%
regelmässig	64%	68%	65%	69%	54%	60%

2.5 Kurzumfragen (Quick Polls)

Während der dreitägigen Stadtdebatte bestand die Möglichkeit, an sogenannten Kurzumfragen (Quick Polls) teilzunehmen. Diese sollten die Aufmerksamkeit auf gewisse Themen lenken und wurden abwechslungsweise für kurze Zeit (wenige Stunden) online geschaltet. Sie sind als Stimmungsbarometer zu verstehen und nicht repräsentativ.

Abbildung 17: Kurzumfragen zu städtischen Aktivitäten

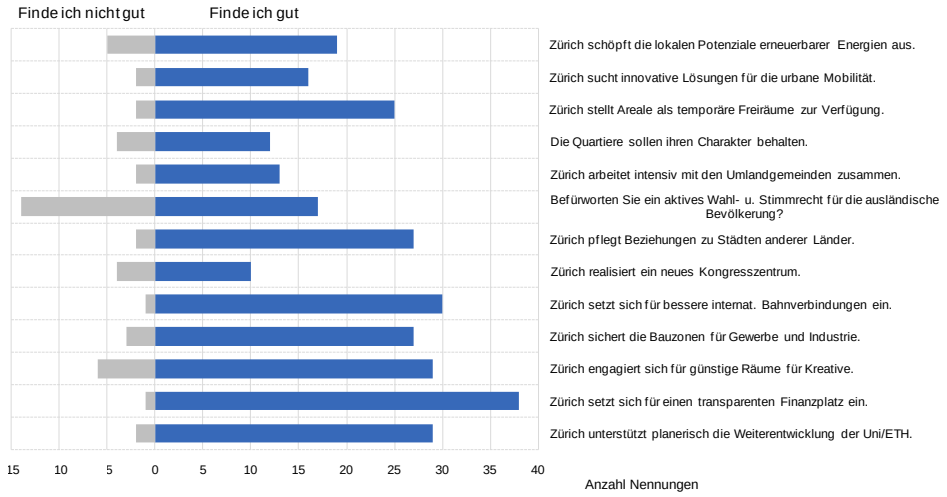
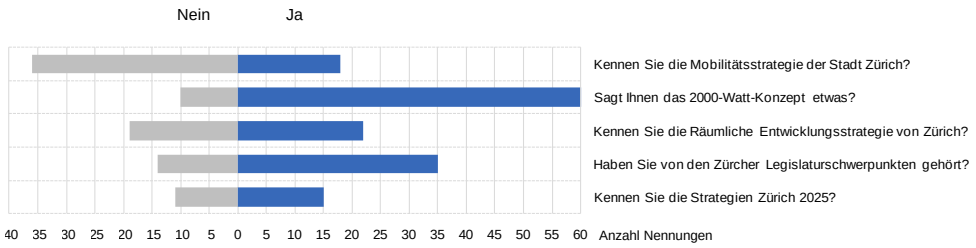


Abbildung 18: Kurzumfragen: Kennen Sie folgende Konzepte oder Strategien der Stadt?



Nach dem Online-Anlass konnten registrierte Teilnehmende auf der Website der Stadtdebatte Stellung dazu nehmen, ob Sie weitere Online-Stadtdebatten begrüssen würden. 128 von insgesamt 135 Personen bejahten diese Frage.

3 Inhaltliche Auswertung

3.1 Ziel der inhaltlichen Auswertung

Die Auswertung verfolgt zwei Ziele: Zum einen gilt es inhaltlich das Wesentliche aus der grossen Fülle der diskutierten Inhalte herauszudestillieren und dabei Schwerpunktthemen, welche in Form von Anliegen, Einstellungen, Anregungen, Wünschen, Sorgen, Fragen und Kritik in den Diskurs zu gegenwärtigen und zukünftigen Aspekten der Stadtentwicklung eingebracht wurden, zu definieren. Weil es bei der Online-Stadtdebatte nicht nur darum ging, Ideen von der Bevölkerung zu sammeln und zu hören, sondern ebenso um die Ermöglichung eines Dialogs zwischen den Teilnehmenden, wurde bei der Auswertung auch versucht, die Art und Weise der Diskussion zu den entsprechenden Themen darzustellen, um so auch das Bewusstsein für die Vielschichtigkeit der Stadtentwicklung und den Umgang damit abbilden zu können.

Die folgende Zusammenfassung zu den pro Forum meistdiskutierten Inhalten basiert auf den Auswertungen im separaten Appendix, in welchen die Inhalte kategorisiert und im jeweiligen Kontext des Dialogs nachzulesen sind.

3.2 Auswertung Forum A: Wie soll sich Zürich baulich verändern?

Im Forum zu Fragen rund um die bauliche Erneuerung und Entwicklung Zürichs wurde mit 492 Beiträgen und 92 lancierten Diskussionen am zweithäufigsten diskutiert – ausgesprochen ideenreich und engagiert. Zu eigentlichen Kontroversen ist es dabei kaum gekommen. Vielmehr war die Auseinandersetzung geprägt von grossem Interesse und einer deutlich vorhandenen Sensibilisierung für die aktuelle städtebauliche Entwicklung und deren Anforderungen. Am meisten Beiträge gingen dabei zur Kategorie «Verdichtung» ein. Im Zusammenhang mit Verdichtung kamen auch die Aspekte «Grünräume in der Stadt», «Hochhausbau» sowie «Denkmalschutz» wiederholt zur Sprache. Auch zu spezifischen Orten, Gebieten oder Projekten wurde diskutiert – hierbei interessierten besonders die Themen «Nutzung Kasernenareal», «Zukunft Globus-Provisorium», «Bau Kongresshaus», «Hardbrücke» sowie «Umnutzung von Kirchen». Zum Thema «günstiger Wohnraum» wurde zwar keine separate Diskussion angestossen, es kam aber in vielen Beiträgen zur Sprache und umfasste dabei auch die Sorge der zunehmenden Gentrifizierung.

Zum meistdiskutierten Thema Verdichtung fällt zum einen die breite Einsicht und Akzeptanz der Notwendigkeit eines anstehenden Verdichtungsprozesses auf, aber auch das kritisch beobachtende Interesse an jüngsten Entwicklungen. Vielfach kam dabei das Bedürfnis für eine gute soziale und funktionale Durchmischung zur Sprache. Gefordert wurde wiederholt eine sorgfältige Planung und Gestaltung der Aussenräume mit entsprechender Aufenthaltsqualität. Abgelehnt werden grosse anonyme Überbauungen mit wenig Gestaltungsspielraum und Begegnungsmöglichkeit. Angeregt wurde, zur Förderung der Vielfalt vermehrt mit mehreren Kleininvestoren auf grösseren Parzellen zu planen – die städtische Bodenpolitik wurde in diesem Zusammenhang kritisiert. Mehrmals wurde auch die Sorge geäussert, dass unter Zugzwang der Wohnungsnot zu voreilig Wohnraum gebaut werde und dabei sowohl gewachsener Lebendigkeit von Quartierstrukturen sowie dem städtebaulichen Wert gewisser Gebiete zu wenig Rechnung getragen werde. Das aktuell angeschlagene rasante Tempo wird von einigen kritisch beurteilt. Sehr viel Zuspruch für optimales Verdichten fanden Blockrandbebauungen. Es wurde gefordert, nebst moderner Architektur auch dieses für Zürich typische Baumuster weiter zu übernehmen. Zur Frage geeigneter Orte für Verdichtung waren die Meinungen divers – reichten von weiterer Clusterbildung in Zürich West und Nord über die Innenstadt zwischen Paradeplatz und Enge bis Seefeld und Enge oder generell an den Rändern.

Intensiv diskutiert wurde auch zum Thema Hochhäuser. Mehrheitlich waren die Äusserungen für weiteres Bauen von Hochhäusern sehr positiv, vor allem auch unter dem Aspekt der notwendigen Verdichtung. Mehrmals wurde für mutiges Bauen von Hochhäusern plädiert. Kritisch verlief die Diskussion vor allem zur Frage der Nutzung – es wird befürchtet, dass bei Hochhäusern wenig günstiger Wohnraum entstehen wird. Gefordert wurde auch in diesem Zusammenhang eine gute soziale und funktionale Durchmischung. Die aktuell zu tiefe Ausnützungsziffer wurde wiederholt bemängelt. Auch diskutiert und gefordert wurde eine sorgfältige Planung von entsprechender

Infrastruktur. Skepsis wurde hinsichtlich der 2000-Watt-Tauglichkeit von Hochhäusern geäussert.

Ein häufiges Thema waren auch der Erhalt und die Förderung von öffentlichen Grünräumen in der Stadt. Die Wichtigkeit von Parkanlagen und Baumbeständen wurde gerade auch im Zusammenhang mit Verdichtung von vielen betont. Mit viel Begeisterung begrüsst wurde die Idee, Dächer mit Gärten zu begrünen und Dachlandschaftswege für Zürich zu planen.

Gegenstand der Diskussion war auch der Denkmalschutz. Hierzu wurde einige Male gemahnt, nicht städtebaulich wertvolle Siedlungen und Häuserzeilen der Verdichtung zu opfern. Plädiert wurde dafür, nicht nur einzelne Bauten auf ihre Schutzwürdigkeit hin zu prüfen, sondern vermehrt auch einen Ensemble-Schutz anzustreben. Angeregt wurde hierzu die Idee, Tabuzonen zu definieren, die bestimmte Gebäude oder Orte für jegliche übergeordnete Begehrlichkeiten unantastbar machen. Jemand regte an, möglichst viel alte Bausubstanz zu erhalten, diese aber zugleich subtil weiterzuentwickeln nach dem Motto Schützen und Nützen.

Bei der Frage, was mit Zürichs vielen oft leer stehenden Kirchen geschehen soll, bestand mehrheitlich die Auffassung, man sollte sie erhalten, weil sie zum kulturellen Erbe der Stadt gehören. Einer Umnutzung stehen aber viele der Diskutierenden offen gegenüber. Uneinig war man sich in der Frage, zu was sie umgenutzt werden sollen. Plädiert wurde in diesem Zusammenhang dafür, den gemeinschaftlichen Gedanken der Kirche bei der Umnutzung zu übernehmen, etwa als Notschlafstellen oder Studentenwohnheime. Einige wandten aber auch kritisch ein, eine Stadt sollte sich auch Leerräume leisten können.

Diskutiert wurde auch zu Baubewilligungen und für deren Vereinfachung plädiert. Es wurde der Eindruck geäussert, wer in Zürich bauen wolle, bekomme manchmal das Gefühl, die Behörden würden lieber Steine in den Weg legen als beratend zur Verfügung stehen. Dieses Votum fand wiederholt Zustimmung und es wurde Verständnis für eine sorgfältige und deshalb zeitintensive Prüfung der Baugesuche geäussert. Ergänzt wurde die Kritik aus Tourismus-Perspektive hinsichtlich Baubewilligungen für Hotels.

Als weiteres spezifisches Thema stand der Bau eines neuen Kongresshauses zur Diskussion. Eine Umsetzung wurde gefordert. Dabei wurden nicht nur die möglichen Standorte Geroldstrasse, Carparkplatz und Zürich Nord diskutiert, sondern auch die Notwendigkeit, bis zur Realisierung eines neuen das alte Kongresshaus zu sanieren. Einige plädierten dafür, dieses auch in Zukunft für verhältnismässig kleinere Veranstaltungen zu erhalten. Betont wurde aus Tourismus-Perspektive, das Projekt so rasch wie nur möglich voranzutreiben. Jemand regte mit einer Seeaufschüttung und Landzunge ein Kongresshaus auf dem See an.

Diskutiert wurden auf ein Abriss-Votum hin auch die Hardbrücke sowie die Sihlhochstrasse. Dem Abbruch Letzterer stimmten die meisten zu, bei der Hardbrücke war man sich nicht einig. Mehrheitlich bestand die Meinung, es wäre schade, die frisch renovierte Brücke abzureissen. Dazu wurde auch auf deren wichtige Verbindungsfunktion hingewiesen. Gefordert wurde jedoch bessere Nutzbarkeit für den Veloverkehr und für zu

Fuss Gehende. Auch die weitere Entwicklung des Raums unter der Brücke stand zur Diskussion.

Ebenfalls auf reges Interesse ist das Kasernenareal gestossen. Hierzu wurde einstimmig für dessen Nutzung als Parkanlage plädiert und eine öffentliche Diskussion zu innovativen Gestaltungsideen gefordert.

Die Zukunft des Globus-Provisoriums war Thema zweier weiterer Diskussionen. Einstimmigkeit bestand darin, dass die Stadt es nach Ablauf der Vertragsfrist mit Coop in zwei Jahren übernehmen soll. Kontrovers verlief hingegen die Diskussion zur Frage, ob das Globus-Provisorium erhalten und umgenutzt oder ob es abgerissen werden soll. Eine Idee, stattdessen eine Plattform als Erweiterung des linken Limmatufers mit einem gläsernen Gebäude in Form eines Diamanten zu planen, fand grosse Zustimmung. Doch gab es auch Stimmen, die das Globus-Provisorium als architektonisch wertvoll erachten und für dessen Erhalt und eine Umnutzung als Stadtforum plädieren.

Auch diskutiert wurde die weitere Entwicklung des Gebiets Zürich West zu einem zweiten Zentrum der Stadt. Hierzu wurde der aktuell vorhandene Nutzungsmix als wertvoll postuliert und wurden Lösungen für dessen Erhalt diskutiert. Betont wird dabei die Notwendigkeit einer übergeordneten Planungsinstanz, die das einseitige Streben der Profitmaximierung moderiert. Entstanden ist die Idee, eine Interessengemeinschaft zusammen mit allen Eigentümern einzuberufen.

Angesichts eines gescheiterten privaten Projekts zum Wohnen im Alter wird bedauert, wie wenig solche Initiativen gefördert werden. Das Projekt erhielt viel Lob und Zuspruch von Mut sowie Hinweise zu allenfalls Unterstützung bietenden Stiftungen.

Plädiert wurde dafür, nicht mehr der Standortförderung, sondern dem Wohnungsbau Priorität zu geben und deshalb auf dem Flughafen Dübendorf ausschliesslich Wohnungen zu planen. In der Folge wurde diskutiert, was dort ein sinnvoller Nutzungsmix sein könnte.

3.3 Auswertung Forum B: Wo liegen Zürichs Grenzen?

Im Vergleich zu den anderen Foren wurden zur Frage, wo Zürichs Grenzen liegen, am wenigsten Beiträge verfasst. Die Anzahl eröffneter Diskussionsstränge war entsprechend geringer: 219 Beiträge wurden in 33 lancierten Diskussionen eingebracht. Die meisten Beiträge lassen sich den Kategorien «Neue Zusammenarbeitsformen in Metropolitanregionen» sowie «Interessenvertretung urbaner Regionen», gefolgt von «Raumplanung und Siedlungsrand» zuordnen. Einzelne Diskussionen mit etwas weniger Beiträgen wurden zudem zu den Themen «Flächenkonsum pro Person», «Wachstum» sowie «Unterschiede Agglomeration versus Stadt» geführt. Die Diskussion verlief wenig kontrovers und über weite Strecken fachlich fundiert – mit viel eingebrachtem und vermittelndem Spezialwissen.

Am meisten diskutiert wurde zur Frage neuer Zusammenarbeitsformen in Metropolitanregionen allgemein und im Raum Zürich speziell. Die Auseinandersetzung

führte dabei entlang der einstimmigen Einsicht in die Notwendigkeit, die Planung von Themen wie beispielsweise Wohnungsbau, Mobilität oder Raumplanung über kommunale und kantonale Grenzen hinweg an die Hand zu nehmen. Zur Überwindung der aktuell kleinräumig orientierten politischen Strukturen im Zentrum wurden Gemeindefusionen ebenso gefordert wie Eingemeindungen. Als hinderlich für eine zügige Entwicklung in diese Richtung wurde wiederholt das Gefälle der einzelnen Steuerfüsse genannt. Diskutiert wurde aber auch die Wichtigkeit von Identifikationsmöglichkeiten und eines gemeinsamen Bewusstseins der metropolitanen Realität als Voraussetzung für die Entwicklung in diese Richtung.

Die Interessenvertretung urbaner Regionen auf nationaler Ebene bildete einen weiteren thematischen Schwerpunkt in diesem Forum. Mehrheitlich einig waren sich die Teilnehmenden darin, dass die Stimme urbaner Gebiete in der aktuellen politischen Struktur mit einem Ständemehr für ländliche Gebiete eklatant untervertreten sei. In diesem Zusammenhang wurde ein Halbkanton Stadt Zürich vorgeschlagen, was aber von einer Mehrheit als rückschrittlich beurteilt wurde. Gefragt wurde, wie denn auch ländliche Gebiete ihre Mitbestimmung in neuen Strukturen behalten könnten.

In der Kategorie Raumplanung und Siedlungsrand wurde die Zersiedelung beklagt. Gefordert wird wiederholt der Schutz von Naherholungsräumen und Grünflächen. Angeregt diskutiert wurden auch konkrete Gestaltungsideen zur Definition der Siedlungsränder. Infrage gestellt wurde zudem, ob die kantonalen Richtpläne als Planungsinstrumente für die aktuellen Anforderungen noch genügen oder ob es nicht übergreifende Instrumente brauche, um die rasch voranschreitende Zersiedelung zu steuern.

Intensiv diskutiert wurden auch die postulierten Folgen des zunehmenden Flächenkonsums pro Person im Hinblick auf raumplanerische Probleme und Engpässe bei Wohnraum und Mobilität. Es entwickelte sich ein Diskurs entlang von Verdichtungsfragen und neuen Wohnformen. Zustimmung fand der Vorschlag einer Wohnflächensteuer. Es wurde auch Skepsis gegenüber einem grenzenlosen Wachstum und Sorge bezüglich einer infrastrukturellen Überlastung bei zu starker Verdichtungsstrategie geäussert. An die Architekten wurde appelliert, vermehrt wieder mit kleineren Wohneinheiten zu planen. Gefordert wurde zudem eine überregionale Wohnbaupolitik.

Zur Frage des Wachstums wurde eine separate Diskussion lanciert. Diskutiert wurden die Wirkmechanismen von Wachstumsprozessen und Zürichs Gestaltungsmöglichkeiten dazu. Mehrheitlich einig war man sich dabei, dass nur ein Mitwirken darin zielführend sei und mit einer Auskoppelung nicht einmal der Status quo zu erhalten wäre.

Auch die Frage des Unterschieds zwischen Agglomeration und Stadt wurde diskutiert. Die Unterschiede wurden vor allem im öffentlichen Raum und in der soziodemografischen Zusammensetzung der Bevölkerung verortet.

3.4 Auswertung Forum C: Wie wollen wir zusammenleben?

Zur Frage des Zusammenlebens wurden mit 77 lancierten Diskussionssträngen insgesamt 375 Beiträge geschrieben. Die meisten Beiträge lassen sich der Kategorie «Gesellschaftliche Heterogenität und soziale Durchmischung» zuordnen. Gefolgt von den Kategorien «Integration und kulturelle Diversität», «Freiwilliges Engagement», «24-Stunden-Stadt», «Öffentlicher Raum», «Dialogkultur» und «Kinder und Jugendliche in der Stadt». Der Diskussionsstil war sozial sehr engagiert und konstruktiv. Zu Kontroversen ist es dabei nur wenig gekommen. Sehr eindrücklich war das grosse Interesse für soziale Vielfalt und gute Durchmischung in Zürich – deren Erhalt, Schutz und Förderung – zum einen in den Quartieren, aber auch hinsichtlich neuer, durchmischter Wohnformen.

In vielen Beiträgen wurde zum Thema gesellschaftliche Heterogenität und gute Durchmischung diskutiert. Ein immer wiederkehrendes Thema in verschiedenen Diskussionen war die zu beobachtende Verdrängung einkommensschwächerer Bevölkerungsgruppen im Zuge von Quartieraufwertungen. Wiederholt wurde appelliert, solchen Entwicklungen auch gegen wirtschaftliche Interessen entschiedener entgegenzutreten. Vorgeschlagen wurde eine Fachstelle für Vielfalt, um mit koordinierter und gebündelter Kraft für eine gleichberechtigte Zukunft zwischen Geschlechtern, Kulturen, Altersgruppen und behinderten Menschen antreten zu können. Wiederholt wurde für eine gezielte Förderung durchmischter Wohnformen plädiert – im Rahmen von kleineren privaten Initiativen wie auch von grösseren Bauprojekten. Wohnprojekte fürs Zusammenleben verschiedener Generationen wurden häufig erwähnt. Für kleine private Initiativen wurde Zürich als «steinhartes Pflaster» beurteilt. Ferner wurde in einer Diskussion eine stärkere Heterogenität auch im Zusammenhang mit dem Einkaufsangebot im Niederdorf und der Innenstadt gefordert und die zunehmende Homogenisierung und das «Lädelisterben» hierzu beklagt.

In der Auseinandersetzung zum Thema Integration und kulturelle Diversität wurden Diskussionen zur multikulturellen Realität, zur Förderung der Chancengerechtigkeit von Kindern aus benachteiligten sozialen Schichten oder Migrationshintergrund, zum aktiven Stimm- und Wahlrecht für Ausländer und Ausländerinnen sowie zur Problematik von Schulen in Quartieren mit hohem Ausländeranteil geführt. Auf ein Votum, mit welchem für Nebeneinander statt Miteinander plädiert und eine multikulturelle Stadt als nicht wünschenswert erachtet wurde, folgte viel Gegenrede. Zugestimmt wurde, dass Multikultur zuweilen anstrengend und konfliktträchtig sei, zugleich aber eine Bereicherung und vor allem eine Realität. Dieser Standpunkt wurde mehrheitlich vertreten. Viel Lob und Zuspruch erhielt ein privates Projekt, in welchem sich ein interkulturelles Studententeam in einem Quartier mit hohem Ausländeranteil für Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche mit Bildungs- und Freizeitangeboten freiwillig engagiert. Es wurde gefordert, vermehrt solche Projekte zu unterstützen, und es wurde die Wichtigkeit betont, benachteiligte Kinder möglichst früh mit alternativen Lebensentwürfen in Kontakt zu bringen. Gefordert und diskutiert wurde auch die freie Schulwahl in Zürich. Dies, um der Problematik des Wegzugs einer gebildeten Mittelschicht aus Quartieren mit hohem Ausländeranteil entgegenzuwirken. Die Idee fand Zuspruch und Ablehnung.

Befürchtet wird, damit die Zweiklassengesellschaft noch mehr zu fördern. Als praktische Lösung zur freien Schulwahl wurde in einer separat lancierten Diskussion der Einsatz von Schulbussen vorgeschlagen. Die Diskussion zum aktiven Stimm- und Wahlrecht für Ausländer und Ausländerinnen war kontrovers – mehrheitlich wurde es aber befürwortet und gefordert, Zürich solle hierzu ein Zeichen setzen.

Zwei Diskussionen wurden zur 24-Stunden-Stadt geführt. Unter allgemeiner Zustimmung wurde in diesem Zusammenhang gefordert, mehr durchgängig geöffnete Convenience-Shops zuzulassen sowie das öffentliche Verkehrsangebot nachts weiter auszubauen. Bezugnehmend auf das europaweit einmalig breite Kultur- und Nachtleben in Zürich wurde zudem eine Verkürzung der Nachtruhe insbesondere in Ausgangsmeilen gefordert. Kontrovers diskutiert wurde zur Frage der Toleranzbereitschaft – ob Anwohner und Anwohnerinnen von attraktiven und hochfrequentierten Lagen in der Stadt Nachtruhe einfordern oder wegziehen sollen. Als Kompromiss wurde für eine 16-Stunden-Stadt plädiert. Weiterhin wurde im Zusammenhang mit der zunehmenden Belebung des öffentlichen Raums die Abfallproblematik diskutiert. Gefordert wurde, die Stadt Zürich solle diesbezüglich energischer auftreten.

Zum Thema freiwilliges Engagement wurde für mehr Freiwilligenarbeit statt staatlich organisierter Animation und zum Freiwilligenpotenzial in der Gesellschaft debattiert. Mehrfach wurde die Erfahrung geäussert, dass für punktuelle Einsätze nach wie vor Freiwillige zu finden seien, weniger aber für längerfristiges Engagement. Gefordert wurde mehr verfügbare Information für freiwilliges Engagement im Quartier. Viele stimmen zu, dass in Zukunft freiwillige Arbeit zunehmend wichtiger wird. Betont wurde auch die aktuell noch wenig organisierte Vernetzung zwischen Professionellen und Freiwilligen als eine grosse Pendenz.

Diskutiert wurde auch zum Angebot für Kinder und Jugendliche in der Stadt. Die Meinungen, ob Zürich kinderfreundlich oder unfreundlich sei, gingen in der Debatte auseinander. Für Kinder wurde ein Mangel an gepflegten Spielplätzen, Freiräumen, Treffpunkten, Tagesschulen, Hortplätzen sowie sicheren Velowegen beklagt. Vorgeschlagen wurden weiterhin Gratis-ÖV für Kinder sowie die Wiederaufnahme des Projekts Kinderkulturhaus. Für Jugendliche wurden auch abends geöffnete Treffpunkte gefordert.

Ein Thema war auch die Dialogkultur. Die Stadtdebatte wurde in diesem Zusammenhang als wertvolle Initiative gelobt, aber zugleich mit dem Argument des Ausschlusses gewisser Bevölkerungsschichten kritisiert. Dagegengehalten wurde, dass sich bei jeder Dialogform immer die eine oder andere Bevölkerungsgruppe mehr oder weniger angesprochen fühlt.

Eine Auseinandersetzung gab es zur Regulierung und zu Angebot und Gestaltung des öffentlichen Raums. Zur Regulierung wurde für mehr Unterstützung derjenigen, die sich verdrängt fühlen, plädiert und hierzu vermehrt partizipative Quartierarbeit vorgeschlagen. Auch diskutiert wurde der Vorschlag von definierten «Anything-goes-Zonen». Hierzu vor allem zur menschlichen Natur im Umgang mit Freiheit sowie dem Recht des Stärkeren. Es wurde eine Belebung des öffentlichen Raums rund um den Hauptbahnhof und die Bahnhofstrasse angeregt und – mit Hinweis auf Paris und Lyon – vermehr-

te Gastronomie entlang der Flüsse gewünscht. Kritisiert wird wiederholt die Überregulierung des Strassenlebens im Sommer. Breit wurden definierte Orte für Strassenkünstler, Musiker, Maler und Akrobaten gewünscht.

3.5 Auswertung Forum D: Wie leben wir mit 2000 Watt?

Zum Thema 2000-Watt-Gesellschaft wurden 250 Beiträge in 41 lancierten Diskussionen verfasst. Rund ein Drittel der Beiträge wurde innerhalb eines einzigen, 81 Beiträge umfassenden Diskussionsstrangs verfasst, womit sich die Debatte in diesem Forum wesentlich von jener in den anderen unterscheidet. Weiterhin charakteristisch war, dass sich insbesondere die längeren, aber auch einige kürzere Diskussionen weniger eindeutig als in anderen Foren einzelnen thematischen Kategorien zuordnen lassen. Dies zum einen, weil sich die zentralen Argumente rund um die 2000-Watt-Gesellschaft im Kontext der unterschiedlichen Diskussionen häufig wiederholten, und zum anderen, weil die in den Diskussionssträngen lancierten Themen oft in eine ganz andere Richtung beantwortet und fortgesetzt wurden. Dem wurde in der Inhaltsanalyse Rechnung getragen, indem einige Diskussionen mehreren Kategorien zugeordnet sind. Am meisten Beiträge lassen sich dabei der Kategorie „«Bedeutung und Notwendigkeit Lebensstiländerung» zuordnen. Wiederholt wurde auch zu den Themen «Urban Farming», «Energieeffizienz und erneuerbare Energien», «Kritik am 2000-Watt-Konzept» und «Gebäudesanierungen und Wohnungsbau» diskutiert.

Die Bedeutung und Notwendigkeit individueller Lebensstiländerung zum Erreichen des 2000-Watt-Ziels stand im Zentrum vieler Diskussionen und Beiträge und wurde am meisten diskutiert. Zum einen ging es dabei um die Frage der Rahmenbedingungen individueller Verhaltensänderung. Dabei wurde die Wichtigkeit einer breit abgestützten gemeinsamen Vision betont. In diesem Zusammenhang wurde angeregt, Zürich als Vorzeigestadt im Umgang mit Energie und Verkehr als E-City (ZuEri.ch) zu positionieren. Kritisch diskutiert wurde das Thema Verzicht. Wiederholt wurde für eine positive Umdeutung in Richtung eines Gewinns durch nachhaltige Verhaltensweisen im Sinn von «Weniger ist mehr“» plädiert. In einigen Beiträgen wurde die Ansicht vertreten, dass die im Hinblick auf das 2000-Watt-Ziel notwendigen Verhaltensänderungen nicht wirklich Verzicht bedeuten, sondern lediglich die Abkehr von unreflektierten und verschwenderischen Verhaltensweisen im Energiekonsum. Mehrfach gefordert wurde ein vermehrtes Angebot an Mess- und Feedbackinstrumenten zur Kontrolle des individuellen Konsums. Zur Frage, ob es vermehrt Vorschriften zur Verhaltensänderung brauche oder ob weiter auf Freiwilligkeit gesetzt werden soll, waren die Meinungen unterschiedlich. Einige Teilnehmende plädierten für Freiwilligkeit, andere für finanzielle Anreize in Form von Strompreiserhöhung sowie steuerlicher Belohnung. Angeregt wurde zudem eine vermehrte Förderung und Stärkung lokaler Nachbarschaftsbeziehungen zur Ausschöpfung vorhandener Synergie-Potenziale Energieeinsparung. Wiederholt kritisiert wurde, dass in den Diskussionen über die 2000-Watt-Gesellschaft kaum je über die Verantwortung von Betrieben und Konzernen gesprochen wird, da ohne deren Beitrag die individuelle Lebensstiländerung letztlich sinnlos sei.

Intensiv diskutiert und mit viel Zustimmung begrüsst wurde der Vorschlag, in Zürich das Urban Farming zu fördern. Die Idee, urbane Landwirtschaft auf Dächern von Gebäuden oder allgemein temporär freien Flächen zu betreiben, wird in verschiedenen ausländischen Städten bereits erfolgreich verfolgt. Alle Teilnehmenden waren sich einig, dass sich Zürich hervorragend für die Realisierung dieses Trends eignen würde. Angeregt wurde daraufhin, auch vermehrt kooperatives Gärtnern in der Stadt zu fördern. Dieser Vorschlag fand ebenfalls Zustimmung, wobei auf bereits bestehende Initiativen hingewiesen wurde. Konkret wurde ein bereits fortgeschrittenes Konzept zur Realisierung eines Schulgartens auf dem Kasernenareal zur Sprache gebracht, welches auch im Forum «Zusammenleben» eingebracht wurde und dort auf Zustimmung stiess.

Die Bedeutung der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien ist ebenfalls in vielen Diskussionen und Beiträgen zur Sprache gekommen. Angeregt wurde dazu, zur Beleuchtung von Strassen und Plätzen nach und nach LED-Solarleuchten zu installieren oder die Strassenlampen mit Bewegungsmeldern auszustatten. Gefordert wurde ein vermehrtes Engagement des EWZ für Fotovoltaikanlagen und Sonnenkollektoren auf den Hausdächern. Hingewiesen wurde zudem auf die Möglichkeit eines vermehrten Einsatzes von Wärme-Kraft-Koppelungen und Wärmepumpen. Mehrmals wurde die These vertreten, dass bei genügend gutem Ausbau von Effizienzsteigerungsmassnahmen suffizientes Handeln nicht nötig sei, was sehr kontrovers diskutiert wurde. In diesem Zusammenhang wurde auch der Rebound-Effekt diskutiert, welcher beschreibt, dass Effizienzverbesserungen eine Steigerung des Ressourcen-Konsums zur Folge haben.

Mit Bezugnahme auf neuere Studien wurde wiederholt Kritik am 2000-Watt-Konzept geäussert und dieses als veraltet bezeichnet. Dieser Vorwurf wurde kontrovers diskutiert. In diesem Zusammenhang wurde auch die Bedeutung des 2000-Watt-Ziels in Relation zum Weltgeschehen kontrovers debattiert. Einige Teilnehmende plädierten dafür, das 2000-Watt-Konzept zu überdenken, weil es nicht realisierbar sei. Mehrheitlich wurde aber die Meinung vertreten, dass weiter in die Richtung der 2000-Watt-Gesellschaft zu handeln sei – jemand forderte sogar eine 1000-Watt-Gesellschaft. Kontrovers diskutiert wurde auch die Frage, ob der Klimawandel überhaupt vom Menschen verursacht sei.

Im Zusammenhang mit Gebäudesanierungen wurde der bürokratische Aufwand hierzu in Zürich beklagt und eine diesbezügliche Deregulierung gefordert, was Zustimmung fand. Um den Heizenergieverbrauch zu senken, wurde dafür plädiert, nur noch Minergie-Neubauten zu erstellen sowie eine Sanierung verstärkt zu fördern.

3.6 Auswertung Forum E: Wie bewegen wir uns in der Stadt?

Im Forum zum Verkehr in Zürich wurde mit 660 Beiträgen und 95 lancierten Diskussionen am häufigsten debattiert. Dies erstaunt wenig, wird doch in den Bevölkerungsbefragungen der Verkehr stets als wichtigstes Problem der Stadt Zürich genannt. Die meisten Beiträge dieses Forums lassen sich der Kategorie «Veloverkehr» zuordnen. Es folgen die Kategorien «Autoverkehr», «Zukunft urbane Mobilität», «Öffentlicher Verkehr» und «Umsetzung der Städteinitiative». Zum Thema Fussgängerverkehr wurde zwar keine eigene Diskussion lanciert – die Anliegen der zu Fuss Gehenden flossen aber in diverse Dialoge dennoch ein. Eine Diskussion zur Kategorie «Autofreie Zonen» war mit siebzig Beiträgen die zweitlängste. Insgesamt beeindruckend waren in der Debatte rund um die Verkehrsentwicklung zum einen die riesige Resonanz des Themas Velofahren sowie die ausgesprochen reichhaltige Ideenvielfalt in der Kategorie Zukunft urbane Mobilität.

Beim Veloverkehr, dem thematischen Brennpunkt des Forums, stand im Zentrum der Debatte die Forderung nach besser und durchgängig markierten Velospuren. Die aktuelle Infrastruktur wurde im nationalen und internationalen Vergleich als sehr mangelhaft beklagt. Veranschaulichend dazu wurde in vielen Beiträgen auf gefährliche und schlecht markierte Stellen hingewiesen. Die Idee einer städtischen Internetplattform zur Meldung solcher Orte fand grosse Zustimmung. Kontrovers wurde der Vorwurf, Zürcher Velofahrende würden Verkehrsregeln nicht beachten, aufgenommen. Dieser Kritik wurde teilweise selbstkritisch zugestimmt. Viele vertraten die Meinung, dass eine bessere optische Abgrenzung von Velospuren die wichtigste Voraussetzung für ein friedliches Neben- und Miteinander aller Verkehrsteilnehmenden sei und damit unnötige gegenseitige Anfeindungen verhindert würden. Zürich wird von einer grossen Mehrheit im Vergleich zu Städten in Deutschland, England oder den nordischen Ländern, aber auch zu Winterthur und Bern als velounfreundliche Stadt erlebt.

Zum Autoverkehr wurde sehr breit diskutiert. Mehrheitlich kreiste die Diskussion um die Problematik der zunehmend enger werdenden Raumverhältnisse sowie um die Frage der Lebensqualität. Häufig zur Sprache kam die schlechte Transporteffizienz der Einpersonenfahrten. Die intensiv diskutierte Forderung, die Innenstadt in naher Zukunft autofrei zu planen, fand sowohl begeisterte Zustimmung als auch vehemente Ablehnung. Befürchtet wurde die ungenügende Zufahrtsgestaltung für das Gewerbe sowie eine Benachteiligung bestimmter Personengruppen, die auf ihr Auto angewiesen sind. Lösungsvorschläge dazu wurden diskutiert. Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit kam wiederholt Tempo 30 zur Sprache. Mehrmals wurde Road Pricing, insbesondere in der Innenstadt, vorgeschlagen und diskutiert. Die Meinungen dazu reichten von zustimmend bis zu komplett ablehnend. Weiterhin diskutiert wurden zudem Wertschöpfung sowie Kosten des Autoverkehrs.

Mit Zustimmung wurde für die Umsetzung der Städteinitiative plädiert. Betont wurde dabei wiederholt, dass eine breite Akzeptanz (in Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Tourismus) sowie eine gemeinsame Vision eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung sei. Begrüsst wurde auch die Aufforderung, die Umset-

zung trotz der noch unklaren Schnittstellenprobleme mit dem Kanton kraftvoll voranzutreiben.

Die Diskussion zur Zukunft urbaner Mobilität verlief ausgesprochen ideenreich und vielfältig. Zahlreiche Ideen zu neuen Lösungen in den Bereichen Parkieren, Verkehrsführung, Ausbau des öffentlichen Verkehrs wurden eingebracht. Zur Sprache kamen wiederholt auch die Förderung neuer Transportsysteme, etwa die Entwicklung intelligenter Line-up-Systeme oder alternativer Car-Sharing-Modelle, sowie der Ausbau von Park-and-Ride-Möglichkeiten. Zur Verkehrsentlastung wurde mit Zustimmung für die Förderung von Home-Office-Tagen plädiert und in diesem Zusammenhang auch für ein stadtweit frei zugängliches WLAN-Netz. Und auch zur weiteren Förderung und Zukunft der Elektromobilität wurde diskutiert.

Der öffentliche Verkehr (ÖV) in Zürich – vor allem die Feinverteilung per Tram – wurde wiederholt gelobt. Der Vorschlag einer U-Bahn als Lösung der Kapazitätsbegrenzung wurde mehrheitlich abgelehnt mit den Argumenten der hohen Kosten sowie dem Hinweis auf das sehr gute S-Bahn-Netz. Zugestimmt wurde hingegen wiederholt einem weiteren Ausbau von Tangential-Verbindungen. Kontrovers diskutiert wurde der Vorschlag, den öffentlichen Verkehr über eine zweckgebundene Steuererhöhung auf Stadtgebiet gratis anzubieten – zum einen hinsichtlich der Finanzierungsverantwortung, zum anderen weil die Attraktivitätssteigerung zu noch mehr Überlastung führen würde. Alternativ wird ein Gratis-ÖV beschränkt auf die Innenstadt vorgeschlagen.

4 Stellungnahme der Stadt Zürich

4.1 Städtische Stellungnahme

Wichtiger Bestandteil des Pilotprojekts ist, dass die Stadt Zürich zu den meistdiskutierten Themen der Online-Stadtdebatte Stellung nimmt. Diese erfolgt nach thematischen Diskussionsforen und wurde von den gastgebenden Direktorinnen und Direktoren in Absprache mit thematisch involvierten Dienstabteilungen erarbeitet.

In den Stellungnahmen wird generell das grosse Engagement und die gute Diskussionskultur der Teilnehmenden gelobt. Die Stadt Zürich sieht sich – trotz kontrovers diskutierten Themen – in vielen Bereichen aufgrund der Online-Debatte in ihrem Handeln gestärkt; in den Stellungnahmen wird dementsprechend auf laufende oder geplante Projekte und Vorhaben der Stadt Zürich hingewiesen. Es wird aber auch der teilweise beschränkte Handlungsspielraum auf städtischer Ebene in Erinnerung gerufen.

4.2 Stellungnahme Forum A: Wie soll sich die Stadt baulich verändern?

Dieses Forum wurde am zweithäufigsten diskutiert – ausgesprochen ideenreich und engagiert. Die Auseinandersetzung bezeugt grosses Interesse und Sensibilität für die aktuelle städtebauliche Entwicklung mit dem Schwerpunkt «Verdichtung». Damit verknüpft wurden mehrfach die Aspekte «Grünräume in der Stadt», «Hochhausbau» sowie «Denkmalschutz» genannt. Auch zu spezifischen Orten, Gebieten oder Projekten wurde diskutiert. Hier interessierten besonders die Themen «Nutzung Kasernenareal», «Zukunft Globus-Provisorium», «Bau Kongresszentrum», «Hardbrücke» sowie «Umnutzung von Kirchen». Das Thema «Günstiger Wohnraum» tauchte in verschiedenen Zusammenhängen auf und brachte die Sorge bezüglich der zunehmenden Gentrifizierung zum Ausdruck. Grundgerüst zur Regelung der wichtigsten Aspekte der Stadtplanung bildet die Nutzungsplanung mit der Bau- und Zonenordnung (BZO). Der Stadtrat hat eine BZO-Teilrevision beschlossen mit dem Ziel, systematische Anpassungen und Korrekturen dort vorzunehmen, wo negative Auswirkungen der bestehenden Ordnung erkannt wurden. Dazu gehört auch ein ausgewiesener spezifischer Umzonierungsbedarf von einzelnen Arealen für spezielle Nutzungen.

Die Notwendigkeit zur «Verdichtung» findet einerseits Akzeptanz, andererseits wird Skepsis gegenüber Arealüberbauungen geäussert und kritisch auf die Massstabssprünge hingewiesen, welche mit der aktuellen BZO möglich sind. Das Bedürfnis einer guten sozialen und funktionalen Durchmischung steht im Vordergrund. Sehr viel Zuspruch für optimales Verdichten fanden Blockrandbebauungen: Neben moderner Architektur soll auch dieses für Zürich typische Baumuster weiterhin erstellt werden. Eher

auf Ablehnung stossen grosse anonyme Überbauungen mit wenigen Begegnungsmöglichkeiten innerhalb der Siedlung. Zur Förderung der städtebaulichen Vielfalt sollte stattdessen vermehrt mit mehreren Kleininvestoren auf grösseren Parzellen geplant werden. Mehrmals wurde auch die Sorge geäussert, dass unter dem Druck der Wohnungsnot voreilig Wohnraum gebaut werde und dabei sowohl gewachsenen Lebensräumen und Quartierstrukturen wie auch dem städtebaulichen Wert gewisser Gebiete zu wenig Rechnung getragen wird. Abgeleitet aus der räumlichen Entwicklungsstrategie (RES) des Stadtrats sind diese Themen Gegenstand von Quartierentwicklungsleitbildern, die in den letzten Jahren schon erarbeitet wurden und laufend im Rahmen des LSP 3 zusammen mit der jeweiligen Quartierbevölkerung diskutiert werden.

Intensiv debattiert wurde das Thema «Hochhäuser«. Unter dem Aspekt der notwendigen Verdichtung waren die Äusserungen dazu mehrheitlich sehr positiv, mehrmals wurde für mutiges Bauen von Hochhäusern plädiert. Bezüglich geeigneter Orte der Verdichtung waren die Meinungen divers – sie reichten von weiterer Clusterbildung von Hochhäusern in Zürich West und Nord über die Innenstadtgebiete bis zu den Stadträndern. Kritisch verlief die Diskussion hingegen zur Frage der Nutzungen – gefordert wurde auch in diesem Zusammenhang gute soziale und funktionale Durchmischung. Zudem wird befürchtet, dass in Hochhäusern wenig günstiger Wohnraum entstehen wird. Es besteht grosse Skepsis hinsichtlich der 2000-Watt-Tauglichkeit von Hochhäusern. Die präzise städtebauliche Setzung und besonders sorgfältige architektonische Ausgestaltung ist dem ortsbaulichen Gewinn geschuldet und verlangt auch besondere Rücksicht auf umliegende Schutzobjekte. Das Hochhausleitbild liefert Richtlinien und Beurteilungskriterien dazu.

Die besondere Bedeutung von Parkanlagen und Baumbeständen steht in direktem Zusammenhang mit der zunehmenden Verdichtung. Wiederholt wurde deshalb eine sorgfältige Planung und Gestaltung der Aussenräume mit entsprechender Aufenthaltsqualität gefordert. Mit viel Begeisterung begrüsst wurde die Idee, Dächer mit Gärten zu begrünen und Dachlandschaftswege für Zürich zu planen. Die zuständige Dienstabteilung Grün Stadt Zürich berät, plant, baut und bewirtschaftet die öffentlichen Parks, Grün- und Sportanlagen. Im Rahmen der Baugesuche wird die Freiraumqualität der privaten Aussenräume kritisch begutachtet und deren Umsetzung im Sinne der Qualitätssicherung begleitet.

Gegenstand der Debatte war auch der Denkmalschutz, vor allem die Sorge um den Verlust von städtebaulich wertvollen Siedlungen. Angeregt wurde hierzu, Tabuzonen zu definieren, die bestimmte Gebäude oder Orte für jegliche Begehrlichkeiten unantastbar machen. Diese Voten bestätigen die Ziele der Denkmalpflege, die sich in Zeiten der rasanten baulichen Stadtentwicklung für die Identität der Stadt einsetzt. Das Inventar der kunst- und kulturhistorischen Schutzobjekte sichert den sorgfältigen Umgang mit unserem baukulturellen Erbe. Es umfasst schützenswerte Einzelbauten und Ensembles – Zeitzeugen aus den verschiedensten Jahrhunderten bis in die jüngere Zeit. Ergänzend dazu steht das Inventar der schützenswerten Gärten und Anlagen der Gartendenkmalpflege. Der Stadtrat hat die Möglichkeit, mit privaten Grundeigentümern diesbezüglich vertragliche Regelungen zu treffen, für die Bauten und Anlagen im öffentlichen Besitz gilt die Selbstbindung.

Als spezifisches Thema wurde – insbesondere aus der Tourismus-Perspektive – die raschmögliche Umsetzung eines neuen Kongresszentrums gefordert. Dabei wurde nicht nur die Realisierung an einem der möglichen Standorte Geroldstrasse, Carparkplatz und Gebiet Hafen Enge diskutiert, sondern auch die Notwendigkeit, das alte Kongresshaus zu sanieren und in Zukunft für kleinere Veranstaltungen zu erhalten. Während letztere Anregung schon in die Planung und Projektierung aufgenommen wurde, wird sich der Stadtrat demnächst bezüglich des Standorts und der Realisierung eines neuen Kongresszentrums entscheiden.

4.3 Stellungnahme Forum B: Wo liegen Zürichs Grenzen?

Die Stadt Zürich stellt mit Genugtuung fest, dass die Teilnehmenden an der Debatte sich für ein Denken über die Grenzen aussprechen, und zwar unabhängig davon, ob sie nun in der Stadt oder im Umland wohnen. Mit der aktiven Beteiligung der Stadt Zürich an der Metropolitankonferenz Zürich und seit Längerem auch bei der Regionalplanung Zürich und Umgebung (RZU) handelt die Stadt Zürich demnach im Sinne der Debattierenden.

Intensivieren möchte auch die Stadt Zürich das geforderte Planen über die Grenzen. Die Siedlungs- und Verkehrsplanung wie auch die Wohnpolitik sollten nicht mehr an den politischen Grenzen haltmachen, sondern zumindest regional gedacht und wo möglich koordiniert werden. Nur so kann zum einen der Zersiedlung Einhalt geboten und eine grossräumigere Durchmischung der Funktionen angestrebt werden. Will man – wie gefordert – den Flächenkonsum pro Person nicht mehr weiter anwachsen lassen und die Verdichtung an den geeigneten, durch öffentlichen Verkehr gut erschlossenen Orten fördern, kann dies sinnvollerweise nur in regionaler Koordination erfolgen.

Bemerkenswert erscheint das Interesse einiger Teilnehmenden an der Gestaltung der Siedlungsränder der Gemeinden innerhalb der Agglomeration. Es wird gefordert, diesen mehr Sorge zu tragen und ihnen die Bedeutung zu geben, die ihnen für eine qualitativ wertvolle Entwicklung zusteht. Die Stadt Zürich bringt deshalb in der Metrokonferenz den Vorschlag ein, dass im Rahmen des laufenden Projekts «Parklandschaft» ein Teilprojekt zu diesem Thema lanciert wird.

Zwischen Stadt und Umland besteht bereits eine vielfältige Zusammenarbeit, die auch vom Kanton gefördert wird. Ein Beispiel dafür ist das regionale Gesamtverkehrskonzept. Zudem sucht die Stadt Zürich mit dem 2010 gestarteten und bis Ende 2012 abgeschlossenen Projekt «Zukunft urbane Mobilität» gemeinsam mit dem Kanton, mit den Hochschulen und weiteren Stakeholdern aus der Privatwirtschaft Lösungen für eine nachhaltige Bewältigung der Mobilität im ganzen Ballungsraum Zürich. Auch hier wird also bereits über die Stadtgrenzen hinaus gedacht.

Intensiv diskutiert werden muss die in der Stadtdebatte aufgeworfene Frage nach der Identität neu geschaffener, grenzüberschreitender Räume. Diese muss gestärkt werden, doch bei allen Anstrengungen brauchen solche Prozesse ihre Zeit. Die in der Debatte eingebrachte Idee eines Halbkantons Zürichs mag auf den ersten Blick faszinie-

rend klingen, muss aber in Hinblick auf die Situation bestehender Halbkantone, insbesondere Basel – zwischen denen ein dauernder Zwist um die Abgeltung der Zentrumsleistungen oder die Harmonisierung von Schulsystemen und Sicherheitsorganen herrscht –, verworfen werden. Man schafft damit neue Grenzen, statt alte zu überwinden.

Ein anderes genanntes Thema ist die ungenügende politische Interessenvertretung der Städte und der urbanen Gebiete in Bundesbern. Dieses Thema liegt der Stadt Zürich sehr am Herzen und sie beteiligt sich deshalb aktiv an allen Organisationen, welche die Interessen der Städte beim Bund einbringen, allen voran im Vorstand des Schweizerischen Städteverbandes. Diese Lobbyarbeit in Bern ist wichtig, stellen die Städte doch trotz der politischen Einschränkungen, die ihnen das föderalistische System auferlegt, die wirtschaftlichen und kulturellen Zentren der Schweiz dar. Sie müssen ihren Einfluss auf die nationale Politik geltend machen.

4.4 Stellungnahme Forum C: Wie wollen wir zusammenleben?

Die Stadt Zürich ist erfreut, wie konstruktiv und engagiert die Forumsteilnehmenden zahlreiche Themen wie die gesellschaftliche Durchmischung, die Förderung diverser Wohnformen, die Integration und kulturelle Vielfalt, die Nutzung des öffentlichen Raums und die Kinderfreundlichkeit diskutierten. Dies ist ein Zeichen dafür, wie viele verschiedene Faktoren und Akteure in Zürich zu einem guten Zusammenleben beitragen. Dementsprechend fühlt sich der Stadtrat in seiner Haltung bestätigt, die gesellschaftliche Vielfalt und Durchmischung zu unterstützen und wo nötig gezielt zu fördern.

Zudem widerspiegelt das Forum eine breite Palette von Chancen, Herausforderungen und Zielkonflikten, welche die gesellschaftliche Vielfalt und Durchmischung mit sich bringen. Die Stadt Zürich stellt sich den Herausforderungen – beispielsweise mit ihrer Ende 2011 aktualisierten Wohnbaupolitik. Darin bekräftigt sie, dass Zürich für alle Bevölkerungsschichten eine attraktive Wohnstadt ist und auch in Zukunft bleiben soll. Mit dem Legislaturschwerpunkt «Stadt und Quartiere gemeinsam gestalten» verfolgt die Stadt Zürich weiter das Ziel, gutes Zusammenleben zu fördern.

Intensiv diskutierten die Debattierenden das Thema Integration und kulturelle Diversität und damit verbunden die Förderung der Chancengerechtigkeit. Auch der Stadt Zürich ist dies ein grosses Anliegen. Sie hat deshalb einen Legislaturschwerpunkt (2010–2014) zum Thema Frühförderung aufgesetzt und wird im Frühling 2012 ihre überarbeiteten integrationspolitischen Ziele verabschieden. Hingegen lehnt die Stadt Zürich die freie Schulwahl ab, weil sie der Auffassung ist, dass eine solche den sozialen Zusammenhalt im Quartier gefährden würde.

Bemerkenswert ist, dass sich eine beachtliche Anzahl von Personen in der Stadtdebatte für ein aktives Stimm- und Wahlrecht für Ausländer und Ausländerinnen auf Gemeindeebene einsetzt. Die Stadt Zürich steht diesem prinzipiell positiv gegenüber, erachtet jedoch die politischen Chancen für die Schaffung der entsprechenden (kantonal geregelten) Voraussetzungen momentan eher als gering.

Als wichtig und wertvoll wird im Forum weiter das freiwillige Engagement erachtet. Diese Ansicht vertritt auch die Stadt Zürich und bedankt sich bei allen Personen, die in und für die Stadt Zürich freiwillig oder ehrenamtlich engagiert sind. Wiederum im Rahmen des Legislaturschwerpunkts «Stadt und Quartiere gemeinsam gestalten» bietet sie die Möglichkeit, die in Zürich geleistete Freiwilligenarbeit sichtbar zu machen und neue Formen von freiwilligem Engagement zu unterstützen. Hier sieht sie auch den grossen Nutzen der Soziokultur. Die Bevölkerung soll eigene Ideen verfolgen und Initiativen umsetzen können. Für ein gutes Zusammenleben ist das aktive Mitmachen zahlreicher Bevölkerungsteile in den verschiedensten Formen, Vereinen und Veranstaltungen wichtig und es wird bereits heute in beachtlichem Ausmass praktiziert/gelebt. Dazu stellt die städtisch finanzierte Soziokultur gezielt Informationen, Raum, Infrastrukturen und Beratung zur Verfügung.

Die Kinderfreundlichkeit ist zahlreichen Mitdiskutierenden ein grosses Anliegen. Die Stadt Zürich hat in den letzten Jahren viel in die Förderung von Familienwohnungen, in Kinderbetreuungsangebote und anderes mehr investiert. Dank diesen Bemühungen leben wieder mehr Familien in der Stadt und die Geburtenrate ist seit Jahren im Steigen begriffen. Die Stadt Zürich ist sich jedoch bewusst und hat dies in ihren Strategien Zürich 2025 festgehalten, dass im Bereich Kinder- und Jugendkultur nach wie vor Handlungsbedarf besteht.

Erwartungsgemäss wurde das Thema «24-Stunden-Gesellschaft» sehr kontrovers diskutiert. Die Ansprüche an den öffentlichen Raum sind zahlreich und vielfältig. Die Stadt Zürich strebt seit Jahren ein Gleichgewicht zwischen grösstmöglichen Spielräumen für ein vielfältiges Stadtleben und den Bedürfnissen der Stadtbevölkerung nach Ruhe, Sicherheit und Sauberkeit an. Die Stadt hat dazu eine Eventstrategie entwickelt und pflegt eine aktive Mitwirkungskultur, wenn es um Nutzungsvorstellungen, Planung und Gestaltung des öffentlichen Raums geht.

4.5 Stellungnahme Forum D: Wie leben wir mit 2000 Watt?

Die Stadt Zürich ist erfreut darüber, dass die 2000-Watt-Gesellschaft in der Stadtdebatte auf grosses Interesse stiess. Die Diskussion entwickelte sich zu allen drei Stossrichtungen der 2000-Watt-Gesellschaft – zur Suffizienz, zur Effizienz und zum Einsatz erneuerbarer Energien – differenziert und konstruktiv.

Eine lange Diskussion befasste sich mit der Aufforderung zum Verzicht (Suffizienz). Im Spannungsfeld von individuellen Ansprüchen und gesellschaftlichen Erfordernissen ist eine Einladung zu «Weniger ist mehr» eine verständlicherweise emotionale Angelegenheit. Derzeit werden erste Überlegungen dazu angestellt. Im neu überarbeiteten Masterplan Energie wird die Suffizienz an erster Stelle als Handlungsfeld genannt. In einzelne Projekte fliesst der Suffizienzaspekt bereits heute zurückhaltend ein, wie zum Beispiel bei der Förderung des autoarmen Wohnens oder beim Flächenbedarf (Richtlinie Flächenbedarf für Arbeitsplätze der Stadtverwaltung; Belegungsvorschriften für kommunale Wohnungen). Gerade im Bereich des gemeinnützigen Wohnungsbaus verhalten sich viele Bewohnerinnen und Bewohner von sich aus suffizient. Dies zeigt

sich z. B. daran, dass der spezifische Flächenbedarf und der Motorisierungsgrad in diesem Segment deutlich unter dem gesamtstädtischen und dem schweizerischen Durchschnitt liegen.

Als konkreter Ansatzpunkt für die Energieeffizienz wurde die öffentliche Beleuchtung diskutiert. In der Tat liegt bei den rund 15'000 Strassenleuchten, die in der Stadt Zürich in den nächsten 15 bis 20 Jahren ersetzt werden, ein beträchtliches Sparpotenzial. Allerdings ist die Technologie noch nicht genügend ausgereift, um flächendeckend auf LED-Solarleuchten umzusteigen, wie angeregt wurde. Verschiedene Pilotversuche sind derzeit am Laufen.

Neben der Diskussion um Verzicht und Effizienz ging es auch um die dritte strategische Stossrichtung der 2000-Watt-Gesellschaft: Die Stadt Zürich solle die Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen – insbesondere von Sonnenenergie – stärker fördern. Ob und wie zusätzlicher Strom aus erneuerbaren Energien gewonnen werden kann, wird im Projekt Stromzukunft bis Mitte 2012 überprüft. Dabei wird auch der verstärkte Einsatz von Wärme-Kraft-Koppelungsanlagen untersucht, die mit erneuerbaren Energien (Biogas, Holz) betrieben werden.

Mehrmals wurde der Wunsch laut, den persönlichen Energieverbrauch messen und darstellen zu können. Der Stadtrat von Zürich erachtet dies als interessanten Ansatz. Im Rahmen des Forschungsschwerpunkts «Energieforschung Stadt Zürich – ein ewz-Beitrag zur 2000-Watt-Gesellschaft» läuft dazu ein Pilotprojekt. Es untersucht bei 5‘000 Teilnehmenden, wie sich Informationen über den eigenen Stromverbrauch (Smart-Metering) auf das Verhalten auswirken.

Viel Zuspruch fand die Idee, vermehrt Gemüse in der Stadt anzubauen (Urban Farming). Grün Stadt Zürich entwickelt derzeit eine Vision 2030 für die urbane Landwirtschaft. Auf rund 5‘500 Parzellen können bereits heute Privatpersonen Nahrungsmittel selbst produzieren. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass solche Freiflächen wegen des Wachstums der Stadt und der baulichen Verdichtung unter Druck geraten. Die Stadt Zürich setzt sich aber im Rahmen der räumlichen Entwicklung für qualitativ hochstehende und nutzbare Freiräume im Wohnumfeld ein. Die Idee von Dachgärten ist bestechend, dürfte jedoch nur vereinzelt realisierbar sein, da Zielkonflikte bestehen (Baustatik, Denkmalpflege, Sicherheit, Nutzungen für Solarthermie oder Fotovoltaik).

Im Zusammenhang mit Gebäudesanierungen wurden einerseits mehr Förderbeiträge und andererseits eine Deregulierung bei den Vorschriften gefordert. Die bisherigen Erfahrungen der Stadt Zürich mit Gebäudesanierungen zeigen, dass sowohl Vorschriften als auch freiwillige Labels den Planenden wichtige Impulse weitergeben, um die entsprechenden Fachkompetenzen rasch zu steigern. Die Zusatzkosten von energetischen Massnahmen bei Bauvorhaben sind relativ gering – die bereits reichlich vorhandenen Förderbeiträge tragen nicht entscheidend zur Steigerung der Erneuerungsquote bei. Mit dem Energie-Coaching, dem Stromsparfonds und weiteren Aktivitäten fördert die Stadt die 2000-Watt-Gesellschaft auch beim Gebäudepark.

Neben Vorschlägen zur Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft wurde auch Kritik geübt. Das 2000-Watt-Konzept sei in einigen Punkten unverständlich, unausgereift und

realitätsfern. Die Stadt Zürich ist sich bewusst, dass die Zusammenhänge komplex sind. Die Umsetzung der ambitiösen Ziele ist anspruchsvoll. Aus heutiger Sicht ist es überdies schwierig, sich vorzustellen, wie die Lebensverhältnisse 2050 sein werden. Aus diesem Grund soll das Verständnis für die Idee der 2000-Watt-Gesellschaft mit Information und Beratung verstärkt werden. Ein übergreifendes Kommunikationskonzept ist angedacht. Die Stadt Zürich hat auch erkannt, dass die Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft Zielkonflikte schaffen kann. Vor diesem Hintergrund werden die Strategien und Massnahmen immer wieder kritisch hinterfragt. In der Nachfolge des Legislaturschwerpunkts «Nachhaltige Stadt Zürich – auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft» (2006–2010) wird eine Prozessorganisation geprüft, die dazu beitragen soll, Zielkonflikte zu erkennen sowie Kritik und Anregungen konstruktiv zu begegnen.

Es wurde auch angemerkt, das Konzept der 2000-Watt-Gesellschaft sei nicht mehr zeitgemäss und von neueren Erkenntnissen – etwa aus der ETH – überholt worden. Die Stadt Zürich ist klar der Ansicht, dass die wissenschaftliche Basis für die 2000-Watt-Gesellschaft weiterhin gegeben ist. Eine ausführliche Begründung dafür findet sich in der Antwort auf die Schriftliche Anfrage 2010/508 «2000-Watt-Gesellschaft, Anpassung der Strategie an die neueren wissenschaftlichen Erkenntnisse» des Stadtzürcher Gemeinderats.

4.6 Stellungnahme Forum E: Wie bewegen wir uns in der Stadt?

Die Stadt Zürich stellt mit Genugtuung fest, dass die Diskussionsthemen in diesem Forum im Allgemeinen sehr gut mit den Schwerpunkten der Zürcher Verkehrspolitik übereinstimmen.

Wie in der Medienlandschaft allgemein zu beobachten ist, lassen sich erwartungsgemäss auch bei der Online-Stadtdebatte die meisten Beiträge dieses Forums der Kategorie Veloverkehr zuordnen. In Bezug auf die häufige Forderung, die Velorouten in der Stadt sichtbarer und zusammenhängender zu machen, konnten bereits im Jahr 2011 einige Fortschritte verzeichnet werden und weitere werden folgen. Bereits im Frühjahr 2011 wurde die Route zwischen der Hardstrasse via Heinrichstrasse und Hauptbahnhof in Richtung Zollikon für Velofahrende besser erkennbar gemacht und wurden Lücken geschlossen.

In Zürich West sind neu breite Fuss- und Velowege auf beiden Seiten entlang der Pfingstweidstrasse entstanden und in Wiedikon pedalt es sich auch besser auf dem neuen Veloweg in der Zweierstrasse. Im Frühjahr wird beim Hauptbahnhof im Bereich der Zollstrasse eine neue doppelstöckige Abstellanlage mit 180 Plätzen gebaut. Auf vier Routen mit einer Gesamtlänge von 10,4 Kilometern sind eine Verbesserung und ein Ausbau der Veloinfrastruktur vorgesehen. Für Verbesserungsmassnahmen auf weiteren Routen und an Örtlichkeiten laufen derzeit die Planungsarbeiten. Im Laufe des Jahres 2012 wird zudem der Masterplan Velo vorgestellt, der konkrete Zielsetzungen und Massnahmen zur Verbesserung der Situation des Veloverkehrs aufzeigen wird.

Ein weiteres in der Stadtdebatte viel diskutiertes Thema ist die Umsetzung der Städteinitiative. Der Stadtrat freut sich über all die kreativen Vorschläge für eine nachhaltige, stadtgerechte Mobilität. Selbstverständlich gab es aber auch kritische Voten zur Zürcher Verkehrspolitik. Auch wenn die Annahme der Städteinitiative im entsprechenden Forum mehrheitlich begrüsst wurde, zeigt sich doch, dass die damit verbundene Umsetzung auch unpopulärer Massnahmen nur mit einer breit abgestützten Zustimmung der Bevölkerung und Politik möglich sein wird. Der Erwartungsdruck, und das hat die Stadtdebatte deutlich gezeigt, ist allseits riesig.

Der in Zürich für die Mobilität zur Verfügung stehende öffentliche Raum ist und bleibt begrenzt. Die Ansprüche an diesen Raum werden jedoch angesichts zunehmender Einwohnerzahlen und Arbeitsplätze noch steigen. Dieser Umstand hat bereits in der Vergangenheit eingeschränkt und wird auch für die Zukunft den Handlungsspielraum der Stadt Zürich bei der Umsetzung der vielen kreativen Ideen, die in der Stadtdebatte zusammengetragen wurden, einschränken.

Der öffentliche Verkehr als effiziente Alternative zum Autoverkehr stösst in Spitzenzeiten an seine Grenzen und verliert dadurch an Attraktivität. Mit der Eröffnung des Trams Zürich West wurde bereits ein Meilenstein beim Ausbau des ÖV-Netzes erreicht. Mit der Tramlinienführung über die Hardbrücke sowie dem Aus- und Umbau des Bahnhofs Oerlikon zusammen mit den SBB sind bereits weitere Meilensteine zur Kapazitätserhöhung für die Zukunft gesetzt.

5 Erkenntnisse zur Online-Diskussionsplattform

5.1 Acht Erkenntnisbereiche

I. Ausgewiesenes Interesse am Online-Dialog

Die als Experiment durchgeführte Online-Stadtdebatte wurde erfreulicherweise rege von der Bevölkerung (knapp 2‘000 Beiträge und rund 3‘600 Besuche) in der Stadt, der näheren und weiteren Region genutzt. Es kann deshalb von einem ausgewiesenen Interesse an Online-Dialogformen zur Thematik Stadtentwicklung gesprochen werden.

Die Online-Stadtdebatte wurde, wie vorgesehen, als Diskussionsplattform der Teilnehmenden genutzt. Es fanden rege, teils kontroverse Diskussionen unter den Teilnehmenden statt (im Durchschnitt 6 Beiträge pro Diskussion). Die Online-Plattform wurde erfreulicherweise nicht als Einweg-Klagemauer gegenüber der öffentlichen Hand missbraucht.

II. Thematik, nicht Medium bestimmt Teilnehmende

Aufgrund der Angaben der Teilnehmenden kann nicht von einem digitalen Generationengraben gesprochen werden. Interessanterweise war gerade die Jugend als sogenannte «digital natives» im Online-Webforum untervertreten. Die Stadtdebatte hat zudem mehrheitlich Personen angesprochen, welche sich auch in der physisch-realen Welt mit den Themen der Stadtdebatte beschäftigen; jedoch war die geografische Verteilung und die Anzahl der Teilnehmenden grösser als bei einer physischen Veranstaltung. – Schlussendlich bestimmt die Thematik und nicht das Medium die Teilnehmenden.

III. Marketing mittels Interessengruppen und bekannten Persönlichkeiten

Die Online-Stadtdebatte war ein Kommunikationsprojekt, weshalb deren Erfolg nicht zuletzt einer gezielten Marketingstrategie zu verdanken ist. Diese musste auf das Online-Umfeld angepasst werden. Drei Aspekte haben sich als besonders zielführend erwiesen. Erstens die Aktivierung von Interessengruppen und deren Online-Netzwerke und Plattformen als Kommunikationsmultiplikatoren. Zweitens erwies sich das Einladen bekannter Persönlichkeiten als Gäste (*special guests*) der Online-Stadtdebatte als medienwirksam; insbesondere bei den Online-Zeitungen. Drittens war eine rasche elektronische Kommunikation mit den Teilnehmenden während des Anlasses wichtig zur Belebung der Online-Diskussion.

IV. Persönliche statt anonyme Beiträge als Pluspunkt

Das Verfassen von Beiträgen unter Namensangabe hat sich in der Online-Stadtdebatte bewährt. Obwohl diese Regelung im Vorfeld vereinzelt für Irritationen und Kritik sorgte, stellte obligatorische Namensnennung bei der Registration (s. Kapitel 1.7) kein Hindernis für die Teilnahme an der Online-Stadtdebatte dar. Sie erwies sich als vorteilhaft für die Qualität der Beiträge. Es mussten keine Teilnehmenden aufgrund ungebührlicher Inhalte ihrer Beiträge gemahnt oder ausgeschlossen werden. Das Verfassen persönlicher statt anonymer Beiträge hat sich somit bewährt und zum Erfolg der Online-Stadtdebatte beigetragen.

V. Selbstregulation der Online-Community

Die Online-Community regulierte sich selbst – analog zu realen Grossgruppen. Die überwiegende Mehrheit der Teilnehmenden zeigte ein bemerkenswertes Verhalten gegenüber vereinzelten Stimmen, die durch beständiges Nörgeln auffielen. Entweder wurde nicht auf deren Beiträge eingegangen oder diese wurden direkt angesprochen und zur Mässigung aufgefordert.

VI. Spannungsfeld zwischen Transparenz und Datenschutz

Die Online-Stadtdebatte stand im Spannungsfeld zwischen gewünschter Transparenz und gefordertem Datenschutz. (s. Registrationsregeln im separaten Appendix). Zur Erreichung einer möglichst grossen Transparenz blieb die nur drei Tage dauernde Online-Stadtdebatte nach dem Anlass während dreieinhalb Monaten im Read-Only-Status für alle Teilnehmenden einsehbar. Zur Gewährleistung des Datenschutzes konnten jedoch ausschliesslich registrierte Teilnehmende Einsicht nehmen. Die Beiträge und die Namen der Verfasser und Verfasserinnen konnten zu keinem Zeitpunkt via Internet-Suchmaschinen aufgerufen werden. Es zeigt sich, dass Zugänglichkeit, Transparenz und Datenschutz bei Online-Plattformen von Anfang berücksichtigt und ausbalanciert werden müssen – je nach Projekt, Thema und Kreis der Teilnehmenden.

VII. Erprobtes und störungsfreies IT-Tool mit Verbesserungspotenzial

Die eingesetzte IT-Applikation war erprobt und arbeitete die gesamte Zeit störungsfrei. Ihre Bedienung war für das Projektteam und die Teilnehmenden verhältnismässig einfach. Sie war jedoch relativ starr, sodass Anpassungen (customizing) nur bedingt möglich waren. Verbesserungspotenzial besteht namentlich in den Bereichen Moderation und Auswertung. Aufgrund ihres hohen finanziellen und personellen Ressourcenbedarfs kommt die Applikation nur für grössere Diskursprozesse infrage.

VIII. Überregionale Beachtung für die Online-Stadtdebatte

Die als Pilot durchgeführte Online-Stadtdebatte fand aufgrund ihres Innovationscharakters, als positiver Nebeneffekt, überregionale Beachtung. Verschiedene Anfragen von Städten in der Schweiz und dem benachbarten Ausland sowie von Hochschulen und

Tagungsveranstaltern zeigen, dass die Online-Stadtdebatte vielerorts mit Interesse verfolgt wurde und die Stadt Zürich damit eine Pionierarbeit bei webbasierten Diskursen über Stadtentwicklung leistete.

5.2 Schlussfolgerungen für weitere Vorhaben

Die Stadtentwicklung Zürich zieht aufgrund der grossen und positiven Resonanz auf die Online-Stadtdebatte folgende **Schlussfolgerungen**: Es erweist sich als sinnvoll, **Online-Austauschformen** bei künftigen Projekten und Prozessen zur Stadt- und Quartierentwicklung einzubeziehen. Je nach Art des Vorhabens soll der Austausch zeitlich differenziert (ex-ante, parallel, ex-post) und mit unterschiedlichen räumlichen und/oder thematischen Fokussen stattfinden.
Ein Austausch in Form einer grossen **Online-Stadtdebatte** eignet sich zum «Pulsfühlen» im Vorfeld gesamtstädtischer Strategien oder Diskussionen, während ergänzend zu den bestehenden informellen Mitwirkungsverfahren auf Quartiersebene die Möglichkeiten einer virtuellen Beteiligung (**ePartizipation**) ausgelotet werden sollen. Zudem soll vermehrt ein Online-Dialog (**Webforum**) über publizierte Berichte und Studien zur Stadt- und Quartierentwicklung stattfinden.

Die Stadtentwicklung Zürich zieht aufgrund der beachtlichen und allgemein positiven Resonanz auf die Online-Stadtdebatte folgende Schlussfolgerungen:

- Grundsätzlich ist es sinnvoll, Austausch- und Dialogformen im virtuellen Raum bei zukünftigen Projekten und Prozessen zur Stadt- und Quartierentwicklung mitzudenken und – wo sinnvoll und möglich – mit einzubeziehen. Ihr Einsatz muss je nach Art des Vorhabens aufgabengerecht (ex-ante, parallel, ex-post) erfolgen.
- Grosse «Online-Stadtdebatten», ähnlich der durchgeführten, eignen sich zum «Pulsfühlen» beispielsweise bei Entwürfen von gesamtstädtischen Strategien oder zu gewichtigen Vorhaben von gesamtstädtischer Relevanz.
- In Ergänzung zu den vielfach durchgeführten informellen Mitwirkungsverfahren zu konkreten, lokalen Vorhaben und Prozessen sollten die Möglichkeiten einer virtuellen Beteiligung («ePartizipation») ausgelotet werden.
- Mittels einer jeweils temporär offenen Online-Dialog- und Feedbackplattform («Webforum») könnte der Austausch mit der Bevölkerung über publizierte Berichte und Studien der Stadt Zürich oder über aktuelle, begrenzte Themen und Fragestellungen intensiviert werden.

Abbildung 19: Mögliche Kategorisierung von Online-Austauschformen zur Stadt- und Quartierentwicklung

Zeitpunkt	Austauschform	Zweck	Kontext	Fokus
ex-ante	«Online-Stadtdebatte»	«Puls füh-len»	Im Vorfeld gesamtstädtischer Strategien/Diskussionen	Gesamtstadt, Region
parallel	«ePartizipation»	Beteiligung	Ergänzung bestehender informeller Mitwirkungsverfahren	Quartier, Stadtteil
ex-post	«Webforum»	Dialog	Begleitete Diskussion über publizierte Studien oder Berichte	Thematischer oder räumlicher Fokus

Die Zielsetzungen der Online-Stadtdebatte wurden aus Sicht der Stadtentwicklung Zürich mehrheitlich erreicht. Offen bleibt, inwiefern das Webforum über den Kreis der effektiv Teilnehmenden hinaus eine breitere Öffentlichkeit für die Vielschichtigkeit des Themas Stadtentwicklung zu sensibilisieren vermochte.

Herausgeberin: Stadtentwicklung Zürich, Präsidialdepartement, Postfach, 8022 Zürich, Standort: Stadthaus, Stadthausquai 17
Telefon 044 412 36 63, Fax 044 412 36 81, stadtentwicklung@zuerich.ch, www.stadt-zuerich.ch/stadtentwicklung
Konzeption und Bericht: Simon Keller und Jeanette Zahner, Stadtentwicklung Zürich
Kapitel Stellungnahmen: Beiträge diverser städtischer Dienstabteilungen
Datum: März 2012